

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dorteljährl. 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
rückwärtl. 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pfg., für
Berichts- und Berichtsangelegenheiten
sowie Arbeitsmarkt 30 Pfg.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 14. April 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Der Wahl-Wahrspruch des italienischen Volks.

Von Professor Enrico Ferri.

Rom, den 7. April 1897.

II.

Auf unserem nationalen Parteikongress in Florenz (Juli 1896)
hatten wir beschlossen, die größtmögliche Zahl sozialistischer Kandidaten
anzustellen, damit wir unsere zielbewußten und organisierten
Kräfte kennen lernten.

Deshalb sind unsere sozialistischen Abgeordneten ebensowohl in
ländlichen Kreisen, wie auch in großen Städten gewählt worden.
Und aus der gleichen Ursache brachten die Wahlen des 21. März
noch eine zweite große Ueberraschung: die Wahl eines sozialistischen
Abgeordneten in Florenz, der altrepublikanischen Stadt, die seit
40 Jahren stets die reaktionärsten Konservativen gewählt hatte.

Im Mai 1896 betrug die Gesamtzahl der sozialistischen
Stimmen 70 000, von denen aber wenigstens 20 000 Stimmen
sentimentalen Protestes gegen die unerhörten Verurteilungen der
militärischen Standgerichte waren, die 1896 nach den Volksbefragungen
auf Sizilien und in anderen Theilen Italiens niedergelegt wurden.

In der vorigen Kammer waren 12 sozialistische Abgeordnete;
aber De Felice ist nicht mehr in der Partei, denn wir haben
uns überzeugt, daß sein politisches Handeln, trotz der Versprechungen,
die er auf dem Kongress von Florenz machte, weder mit dem Programm
noch mit dem Geiste unserer Partei im Einklang ist.

Agini (Industrieller), Badaloni (Doktor der Medizin),
Verenini (Advokat), Bertesi (Bäder), Bissolati (Leiter
des sozialistischen Tagesblatts „Avanti“), Costa (Schriftsteller),
De Marinis (Professor der Rechte), Ferri (Professor der
Rechte), Gatti (Chirurg), Morgari (Privatbeamter), Mosri
(Eisenbahnarbeiter), Pescetti (Advokat), Prampolini
(Schriftsteller). Und am 28. März waren 7 sozialistische Kandidaten
in der Stichwahl und einige sogar mit Stimmenmehrheit — bei
der ersten Wahl — über den Gegner. Bei den Stichwahlen
hat aber die Vereinigung aller Bourgeoisparteien,
von den Merkmalen bis zu den Radikalen, wie z. B. in Mailand
und Turin, und der Regierungsdruck die Wahl von weiteren Sozialisten
verhindert, trotzdem die sozialistischen Stimmen zwischen dem
21. und 28. März sehr beträchtlich in den 7 Wahlkreisen zunahmen,
wo wir einzig mit der Kraft der Propaganda und mit dem Glauben
an unser Ideal gekämpft haben.

Die Merkmalen, — die in Italien weder so zahlreich noch so
mächtig sind, wie sie glauben machen möchten, — hatten erklärt, sie
würden sich von den politischen Wahlen fern halten; denn der
Papst will die Bourgeoisie zwingen, seine Unterstützung bei der
Wahl zu verlangen, und er gedenkt sich seinen Beistand dann theuer
bezahlen zu lassen, weil er hofft, daß die Fortschritte des Sozialismus
die italienische Bourgeoisie dazu treiben werden, ihren Haß gegen die
Geistlichkeit zu vergessen und den Bund von Thron und Altar zu
erneuern.

In Wahrheit aber haben bei den Stichwahlen die Merkmalen
mitgestimmt und sehr eifrig mitgewirkt, nur um mit allen Mitteln
die Wahl sozialistischer Abgeordneter zu verhindern.
Dieses bewundernswürdige Resultat in einem Lande wie Italien,
daß die Wahl durch politische Gleichgültigkeit und geringe Anläge
zur Disziplin gelähmt war — dieses Resultat, dieser Erfolg einer
Partei, die so streng in bezug auf Prinzipien und Personen ist wie
die sozialistische, wäre natürlich unbefahen ohne die Unzufriedenheit
und das ökonomische Mißbehagen, die jetzt sich bei arbeitenden Volks
und der kleinen Leute in den Städten und auf dem Lande bemächtigt
haben, allein der Erfolg ist doch auch wesentlich die Wirkung der
bewußten und organisierten Agitation, der wir uns seit drei Jahren,
und namentlich während der gewaltthätigen und
unsinnigen Verfolgungen des Ministeriums Crispi gewidmet haben.

So haben denn die italienischen Sozialisten das Bewußtsein,
daß sie sich der ermutigenden Glückwünsche, die ihnen von ihren
älteren Brüdern der deutschen und französischen Sozialdemokratie
bei der ersten Nachricht von den Wahlen des 21. März zugesandt
wurden, nicht zu schämen brauchen. Wir haben nach Kräften unsere
Schuligkeit gethan. Und mit Wenigthuung können wir für unser
Land ein sehr bemerkenswerthes Erwachen des politischen
Lebens als Rückwirkung unserer sozialistischen Organisation und
Agitation feststellen.

Einerseits haben die Minister in ihren Wahlreden die Nothwendigkeit
sozialer Reformen anerkannt, durch welche die Fortschritte
des Sozialismus aufgehalten werden sollen. Sie werden jedoch nichts
thun, denn die italienische Bourgeoisie, vor allen der Großgrundbesitz
von Süd-Italien, ist mit bezug auf die soziale Frage von hoffnungs-

loser Unwissenheit, und trotz aller Lektionen und Erfahrungen haben
die Herren Bourgeois ein blindes Vertrauen in den Gendarm und
den Priester — und mehr noch in die infamen Wahlhelfer und Wahl-
manöver, durch die dem Volke die letzten Reste seines Wahlrechts
geraubt werden sollen.

Trotzdem läßt sich nicht bestreiten, daß die Logik der Thatfachen selbst
bis in die Coteries der herrschenden Klassen hinein der Ueberzeugung
Gang und Verstand hat, daß der Sozialismus eine für das menschliche
Gewissen der Gegenwart unübersteigliche Gewalt ist. Und das
sichert uns schon wenigstens die moralischen und psychologischen
Bedingungen des Sieges.

Außer den Ministern fangen auch die konservativen Zeitungen
an, die Augen zu öffnen, und sie behandeln die Sozialisten nicht
mehr als Verbrecher, Ehrgeizige oder Schwärmer, und verlangen
auch, daß die sozialen Probleme studirt und der Lösung zugeführt
werden sollen.

Andererseits hat die sozialistische Organisation und der Beschluß
des Kongresses von Florenz, daß bei Stichwahlen die Stimmen der
Sozialisten nur solchen Kandidaten anderer Parteien zu geben sind,
die das Minimal-Programm der Partei annehmen, und einer
organisierten Partei angehören, das Erwachen der
republikanischen Partei bewirkt.

In Italien hat die republikanische Partei viele Ueberlieferungen,
nicht allein durch die Erinnerungen des alten republikanischen Rom
und der Republik des Mittelalters, sondern auch weil Mazzini
und Garibaldi, die großen Schöpfer der nationalen Einheit, mehr
oder weniger intransigente Republikaner waren.

Aber vor der sozialistischen Propaganda hatte die republikanische
Partei sich selbst der Lebenskraft beraubt, theils durch das negative
Prinzip der Enthaltung von Wahlkämpfen und jeder andern
politischen Aktion, theils durch Verleumdungen oder Ablenkung des großen
Gesetzes der Klassenkämpfe.

Die sozialistische Organisation und die Frage unserer Unter-
stützung im Fall einer Stichwahl, hat die republikanische Partei
aufgehört, die in der vorigen Kammer nur 7 bis 8, jedoch sehr
thätige und energische Abgeordnete zählte; und die jetzt auf 12 bis
16 Abgeordnete, also auf das Doppelte gestiegen ist. Ich sage
„12 bis 16“, denn es giebt einige Radikale, die sich unter
vier Augen für Republikaner erklären, aber keine öffentliche
Erklärung abgeben und einweilen zwischen den parlamentarischen
Gruppen hin- und herzuwandern, was ihnen dadurch erleichtert wird,
daß die republikanische Gruppe sich nicht formell konstituir hat, wie
die sozialistische Gruppe seit dem Jahre 1893 es ist.

Mit der Lebhaftigkeit und Beweglichkeit, die den Völkern des
Südens eigen sind, haben Zeitungen und Politiker, unter dem Ein-
druck der außerordentlichen Fortschritte des Sozialismus, in diesen
Tagen die Vermuthung ausgesprochen, daß von der jetzigen Kammer
für das politische Leben unseres Landes große Ueberraschungen zu
erwarten seien.

Leider muß ich sagen: ich glaube das nicht. Das Näherwert der
Denkgewohnheiten, der Klasseninteressen, der Ueberlieferungen
und der Vorurtheile wird in unserem Parlament und in unserem Lande
noch etliche Jahre weiterarbeiten.

Aber, wie dem auch immer sei, sicher ist, daß der Wahrspruch
des italienischen Volkes tiefersinnig und feierlich ist, und daß der Stoß,
den er unseren politischen und sozialen Einrichtungen verfehlt hat,
nicht ohne bedeutungsvolle Folgen sein kann.

Uebrigens wissen wir Marxisten ja, daß die Phasen der sozialen
Evolution nicht unterdrückt noch übersprungen werden können,
obgleich sie sich stark beschleunigen lassen. Und hier
liegt die Pflicht, welche der Wahrspruch des italienischen
Volkes uns Sozialisten anweist; er ermutigt uns und
befiehlt uns, fortzuführen und auszuhalten in der Arbeit der Pro-
paganda und der Organisation, damit wir, in brüderlicher Harmonie
und Zusammenarbeit mit dem internationalen Proletariat, nach
Kräften zur Erschließung und allmählichen planmäßigen Ausbreitung
der neuen moralischen und sozialen Welt bei-
tragen können, die unser Ideal ist, unsere Religion
und unsere unerschütterliche Stärke.

Politische Ueberblick.

Berlin, 13. April.

Ueber das Vereinsgesetz, das voraussichtlich am
27. d. M. dem Landtage vorgelegt werden wird, über dessen
Zusatz aber noch so viel wie gar nichts bekannt ist, bringen
die bürgerlichen Zeitungen lange Notizen, ja selbst
Leitartikel. Wir können unsere Neugierde nach dem
Werke, über das Herr v. d. Rade und v. d. Hoyt seit Jahr
und Tag gesonnen und erwogen hat, zügeln, wir warten ruhig
und kühl ab, was der Entwurf bringen wird, dann wird es
Zeit zur Stellungnahme sein. Herr v. d. Rades Vergangenheit
bürgt uns dafür, daß er sich von seinem Werke eine Schädigung
unserer Partei verspricht, unsere Vergangenheit ist uns die
sichere Gewähr dafür, daß sich die Hoffnungen des Ministers
nicht erfüllen werden. Lediglich der Vollständigkeit wegen
geben wir die recht inhaltlose offiziöse Kundgebung über die
Novelle zum preussischen Vereinsgesetz wieder.

Die Berl. Pol. Nachr. schreiben:
An Nachrichten in der Presse über die Aussichten einer Novelle
zum preussischen Vereinsgesetz knüpfen sich wiederum die üblichen
Keuerungen über Verschiedenheiten des Standpunkts innerhalb
des Staatsministeriums. Es werden insbesondere der Reichskanzler
und der Minister des Innern als die entgegengesetzten Pole be-
zeichnet. Ein Blatt fordert den Reichskanzler sogar direkt auf,
auf Grund dieser angeblichen Meinungsverschiedenheit einen
Personenwechsel im Ministerium des Innern herbeizuführen.

Diese Keuerungen beweisen eine völlige Sachkenntnis. Der
einigermaßen Unterrichtete weiß, daß der Minister des Innern
sich in der Frage der Revision des preussischen Vereins-
und Versammlungsgesetzes im ganzen wie im einzelnen in vollster
Uebereinstimmung mit dem ganzen Staatsministerium einschließlich
des Ministerpräsidenten befindet. Dies gilt insbesondere auch
betreffs der Frage, ob allein die Aufhebung des Verbots der Ver-
bindung politischer Vereine auszusprechen sei. In dieser Hinsicht
herrscht völlige Uebereinstimmung dahin, daß eine solche isolirte Maß-

nahme weder rathlich noch erreichbar sei. Mit der Hinfälligkeit
der Unterstellung entgegengesetzter Strömungen in der Regierung
fallen natürlich auch die daran geknüpften Schlussfolgerungen von
selbst zusammen. Was nun die anderen Punkte des Vereins- und
Versammlungsgesetzes anlangt, deren Aenderung in Frage ist, so ist
natürlich von einer Vorlage nach dem Muster der Ansturzvorlage von
1895 nicht die Rede. Ausführungen dieser Art gehören in das Reich der
Fabel und rühren wohl nur daher, daß bei den parlamentarischen Er-
wägungen die bei jener Vorlage vom Parteistandpunkte gemachten
ungünstigen Erfahrungen eine größere Rolle gespielt haben. Es
hat sich stets nur darum gehandelt, dem schlimmsten Mißbrauch
des Vereins- und Versammlungsgesetzes im Interesse der öffent-
lichen Sicherheit, insbesondere der Sicherheit des Staates einen
Riegel vorzuschleiben, sowie einige gänzlich veraltete Bestim-
mungen des geltenden Rechts durch den Bedarfsjuss und Ver-
hältnissen der Gegenwart entsprechende Bestimmungen zu ersetzen.
In letzterer Hinsicht dürfte auch in denjenigen parlamentarischen
Kreisen, mit deren Unterstützung zu rechnen ist, kaum eine Meinungs-
verschiedenheit bestehen, in ersterer Hinsicht kann man, zumal wenn
parteilastischen Rücksichten ein entscheidendes Gewicht beigelegt
wird, zu verschiedener Auffassung gelangen. Jedenfalls liegt aber
weder nach der einen noch nach der anderen Richtung ein Anlaß
vor, sich aufzuregen, man wird vielmehr die weitere Entwicklung
ruhig abwarten können.

Die Maifeier wird in diesem Jahre nicht bloß eine all-
gemeinere, sondern auch eine einheitlichere sein, als in
früheren Jahren. Nach beiden Richtungen hin ist ein
stetiger Fortschritt zu verzeichnen. Während in den ersten
Jahren, trotz der großen Begeisterung, die Feiern sich auf ver-
gleichsweise wenige Orte beschränkte, findet sie jetzt so ziemlich
überall statt, wo Sozialdemokraten wohnen. Und während
früher in England und theilweise auch in Deutschland die
Maifeier statt auf den 1. Mai auf den ersten Sonntag im
Mai verlegt ward, ist jetzt die Verlegung der Feiern auf den
ersten Sonntag des Mai in England ziemlich allgemein, in
Deutschland ganz allgemein aufgegeben. Am Sonntag
finden höchstens hier und da Maifeiern statt — die eigentliche
Feier ist überall am 1. Mai, wie das auch geplant war.

Die Berichte aus England und Frankreich zeigen, daß die
dortigen Genossen bemüht sind, die Feiern in diesem Jahr mehr
über das Land zu verbreiten, als dies bisher der Fall war.
Und das gleiche gilt von Italien, wo, wie in Oesterreich, der
Triumph der siegreichen Wahlkämpfe in dem Maifest seinen
Ausdruck finden und dem Fest selbst erhöhte Bedeutung ver-
leihen wird.

Das internationale Tohu Wabohu — so nennt das
französische Regierungsorgan, der „Lemps“, die Aktion des
„europäischen Konzerts“.

Der Ausdruck ist passend. Tohu Wabohu ist der
hebräische Ausdruck für Chaos, es bedeutet das allgemeine
Durcheinander. Und ein allgemeines Durcheinander ist „das
europäische Konzert“ in der That. Jetzt sind die Früchte
genau zweimonatlicher Thätigkeit:

In Kreta muß das geeignigte Europa die Türken, die es
aus Kreta hinaustreiben will, auf der Insel festhalten,
damit sie, die Türken, Nord und Tobischlag verhalten.

Und an der griechisch-türkischen Grenze läßt die griechische
Regierung durch Freischärler Krieg gegen die Türkei führen,
erklärt aber, daß sie für die Freischärler nicht verant-
wortlich sei — und das alles in der ungenirt ausgesprochenen
Absicht, um vom europäischen Konzert, das einen Krieg fürchtet,
für Griechenland günstigere Bedingungen zu erpressen.

Das geeignigte Europa läßt sich das alles gefallen und
zwingt sogar die Türkei, die dem Spul wenigstens auf dem
Festland durch einen Marsch nach Athen ein rasches Ende
bereiten wollte, das Schwert wieder in die Scheide zu stecken.

Und so geht der Spul denn weiter. Die Komödie hat
aber, außer den bereits signalisirten, noch eine günstige
Wirkung. Nämlich die Türken beginnen, ebenso wie die
Franzosen, an der russischen Freundschaft irre zu werden. Das
türkische Volk erwacht, wie aus verschiedenen Anzeichen hervor-
geht. Wenn diese Selbstständigkeitsbewegung unter den Türken
zum Durchbruch kommt und wenn die Franzosen von der
Russenschwärmerei geheilt werden, dann hat das „europäische
Konzert“ wider Willen gutes geschaffen, freilich sich auch sein
Grab gegraben — was übrigens auch etwas Gutes.

Die Depeschen über die Vorgänge an der griechisch-
türkischen Grenze widersprechen sich, heben sich zum theil auf.
Wir beschränken uns deshalb auf die Mittheilung der folgenden
Telegramme:

Athen, 13. April. Nach einem hier verbreiteten Gerücht
macht sich unter der griechischen Bevölkerung Makedoniens eine
starke Erregung bemerkbar. Die Führer der russländischen
erliegen Proklamationen, in denen es heißt: Als Krieger des Kreuzes
und der Freiheit entfalten wir die Fahne der Freiheit in den
griechischen Landen. Schnaren wir uns alle um sie, und kämpfen
wir mit dem einen Ziel vor Augen: Freiheit oder Tod! Die Be-
rechtigung dieses Kampfes wird bald unsere Waffen krönen. Die
Türkenherrschaft wird auf immer vernichtet werden, und Freiheit,
Gleichheit und Brüderlichkeit werden dann da herrschen, wo jetzt
wilde Tyrannei wüthet.

Athen, 12. April. (Times.) Der griechische Ministerpräsident
Deljanis hat erklärt, wenn griechische Freischaren nicht in das
türkische Gebiet eingedrungen wären, würde die griechische Regie-
rung gezwungen gewesen sein, binnen wenigen Tagen einen ent-
scheidenden Schritt zu thun. Griechenland könne bei dem
jetzigen Zustande seiner Finanzen unmöglich
ein Heer von 80 000 Mann für eine längere Zeit
auf Kriegsfuß erhalten, ohne ungeheure Opfer zu
bringen. Wenn es überhaupt kämpfen solle, müsse es den Kampf
sofort aufnehmen. Deljanis habe schließlich versichert, daß

Im griechischen Heere eine ausgezeichnete Disziplin aufrecht erhalten werde und kein Akt der Feindseligkeit an der Grenze vorkommen sei.

Paris, 12. April. (Daily News). Ein türkisches Bataillon, welches den Belagerten in Valtinos zu Hilfe eilen wollte, wurde von Griechen umzingelt und niedergemetzelt.

Konstantinopel, 13. April. Die offiziell behauptet wird, sollen auch reguläre griechische Truppen mit den Freischauern am 9. April die griechisch-türkische Grenze überschritten haben. Die erste, in den Dardanellen liegende Eskadre erhielt den Befehl zum Auslaufen.

Die türkischen Verluste am Freitag und Sonnabend sollen 210 Mann betragen. Bei der Verfolgung der Griechen durch die Türken wurde an einigen Punkten die Grenze überschritten, jedoch gingen die Türken auf Befehl Edhem Paschas wieder zurück.

Die italienische Kammer hat mit 278 gegen 132 Stimmen die Orientpolitik der Regierung gebilligt.

Im englischen Parlament erklärte der Unterstaatssekretär Curzon, der englische Vize-Konsul Bulman, welcher mit dem russischen Vize-Konsul die Botschaften bei der Untersuchung der letzten Vorfälle in Lokat vertritt, habe unter dem 31. v. M. berichtet, daß bei den dortigen Mordtaten 89 Personen getötet und 36 verwundet, sowie 250 Häuser geplündert wurden. In vier Nachbardörfern seien 24 Häuser ausgeplündert und 35 Einwohner getötet worden.

Labouchère brachte als Mißtrauensvotum gegen das Kabinett wegen dessen Orientpolitik ein Amendement ein, wonach die Vertagung des Hauses unterbleiben soll. Dieser Antrag wurde mit 210 gegen 49 Stimmen abgelehnt. (Heiterkeit bei den Ministerialen.)

Deutsches Reich.

Die nächste Reichstagswahl und die bürgerlichen Parteien in Frankfurt. Wie die Frankfurter „Volkstimme“ von unterrichteter Seite erfährt, wurden veranlaßt durch verschiedene Vertreter hiesiger Finanzinstitute und der Großindustrie, Verhandlungen zwischen den maßgebenden Kreisen sämtlicher bürgerlichen Parteien gepflogen, um sich über die Aufstellung eines gemeinsamen Reichstags-Kandidaten für Frankfurt zu verständigen und als solcher Herr Bankdirektor Thormann (Deutsche Genossenschaftsbank), ein streifmüßiger Manufakturmann, vorgeschlagen. Der Vorstand des demokratischen Vereins habe jedoch erklärt, daß er in diesem Falle lieber sofort für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werde.

Die bürgerlichen Journalisten können nun einmal stolz thun. Ein leidhaftiger, echter König, der von Sachsen, hat das Protektorat des bevorstehenden Journalistentages übernommen. Das ist eine große Ehre, die billig genug erkauft ist mit dem Verzicht auf alle politischen Erörterungen. Eine Ausnahme darf wohl mit Guldigungstelegrammen an Fürsichtlichen gemacht werden. Was verschlägt es dagegen, daß über Nebenbändlichkeiten, wie den Zeugnisschwang der Presse, den Strafvolzug gegenüber Preßverbrechen, die Verjährung von Vergehen in Druckschriften und dergleichen nicht gesprochen werden darf.

Ein wirklicher König dafür Protektor des Journalistentags, einige Tugend Orden vorletzter Klasse an Zeitungsverleger. Mannesbrust, schwellt hoch!

Herr Dr. Martin Vangen, Herausgeber der „Welt am Montag“, schreibt uns:

In bezug auf Ihre die „Welt am Montag“ betreffende Notiz Ihrer heutigen Nummer theile ich Ihnen mit, daß es sich bei dem Unternehmen der Sozialkonfessionen um diese Zeitung nicht handelt. Ich bitte Sie, diese Berichtigung in der nächsten Nummer Ihres Blattes aufnehmen zu wollen.

Unsere Mittheilung, daß ein Besitzwechsel bei diesem Montagblatt beabsichtigt ist, dementirt Herr Dr. M. Vangen nicht.

Das Reichsgericht hat die von dem Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, H. Wegner, gegen das Urtheil des Berliner Gerichts im Prozeß v. Marschall gegen das genannte Blatt eingelegte Revision verworfen.

Für „regelmäßig sich wiederholende einbringliche und nachhaltig fühlbare Schmerz-erregungen“ an stelle der viel zu milden Strafen, wie schmerzlose Enthauptung und Zuchthaus tritt heute das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“ ein. Man merkt doch bei diesen Leuten bei der Stellungnahme zu jeder Frage die Sehnsucht nach dem Mittelalter!

Die antisemitische Bewegung in Sachsen geht den Arebengang. Das merkt man recht deutlich an den von Jahr zu Jahr sich steigenden finanziellen Schwierigkeiten des Hauptorgans der sächsischen Antisemiten, der vom Abg. Zimmermann redigierten „Deutschen Wacht“. Der Verlust des Aktien-Unternehmens mit einem Kapital von 250 000 M. ist schon auf 162 899,25 M. gestiegen.

Gotha. (Landtag.) Der Landtag hat die beiden sozialdemokratischen Anträge, Verlängerung der Stabsperioden von vier auf zwei Jahre und die Anstellung eines Fabrikinspektors, den ersteren mit großer Majorität, den letzteren einstimmig angenommen. Die Regierung erklärte, daß sie dem Antrag sympathisch gegenüberstehe. So rasch ändern sich die Meinungen; als vor zwei Jahren Genosse Wolf den gleichen Antrag stellte, fand er nur wenig Gehör und Unterstützung, und heute war Regierung und Landtag der Meinung, daß die Forderung eine gerechte sei.

Daß es nicht ohne harten Meinungskampf abging, liegt auf der Hand und plakten die Geister gehörig auf einander. Ueberall ist es der Sozialismus, das Schmerzenskind der bürgerlichen Parteien, der im Landtag umgeht. Besonders war es der Bericht des Genossen Foss, welcher in sachlicher und gründlicher Form die Nothwendigkeit der Arbeiterschutzgesetze und deren strenge Durchführung betonte, welcher die Herzen Abgeordneten in Erregung brachte. Aber man räsonnirte nur über die Form des Berichts, eine Widerlegung der Gründe in dem Bericht erwarteten sich die Herren. Mit der Thätigkeit resp. Unthätigkeit des Fabrikinspektors rechneten unsere Genossen gründlich ab und brachten Genosse Hildebrand, Schneider, Wolf und Danner Beweise zur Stelle, welche die jegliche Mangelhaftigkeit der Fabrikinspektion klarlegte.

Zu der eigenartigen Berichtigung des Dr. Wendlandt schreibt unser Nürnberg-Korrespondent:

Im ersten, untergeordnetsten Punkte hat Herr Dr. W. recht, der Ausspruch, der Bund sei aus der freisinnigen Vereinigung hervorgegangen, wurde, wie mir auch ein Ohrenzeuge gestern mittheilte, in einer kurzen Polemik gegen den „Fr. Kurier“ gebraucht, deren Schluß von mir überhört wurde.

Dagegen halte ich die weiteren Angaben meines Berichtes vollständig anrecht und bemerke zu der Einsetzung Dr. W.'s sub 2: Herr Dr. W. theilte der aus 18 Personen bestehenden Versammlung — in der er keinen Sozialdemokraten wählte — unter dem Siegel des Vertrauens und mit einer gewissen Heimlichkeit mit, daß der Bund 1903 bei Ablauf der Handelsverträge Anträge stellen werde, deren Annahme den Industriellen bedeutende finanzielle Vortheile bringen werde. Die Vorbereitungen seien im gange. Öffentlich etwas thun und unter dem Siegel des Vertrauens etwas mittheilen, ist doch ein ganz bedeutender Unterschied.

ad 3: Die Aeußerung bezüglich des österreichischen Handelsministers habe ich wörtlich wiedergegeben. Wenn Herr Dr. W. den Eisenbahnminister gemeint und den Handelsminister genannt hat, so ist das seine Sache. Entschieden muß ich aber Verwahrung einlegen, wenn Dr. W. seine Aeußerung in das Oegentheil deuten will. Was hätte denn sonst die in einem Athemzuge gemachte Aeußerung: „Die deutschen Industriellen müssen viel forscher vorgehen“ für einen Zweck haben sollen?

ad 4. Neben den versicherungstechnischen Arbeiten sprach Herr Dr. W. auch von den Lasten des Unfall- und des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes und bei dieser Gelegenheit theilte Dr. W. den Ministerauspruch mit. Wenn Herr Dr. W. das jetzt in Abrede stellen oder als „erfunden“ bezeichnen will, dann hat er hier in der Versammlung einfach gestunken.

ad 5. Genau, und wörtlich das, was ich berichtet, hat Herr Dr. W. über den Bund der Landwirthe gesagt. Wenn Herr Dr. W. Gewicht darauf legt, zu wissen, was er gesprochen, so wird er wohl wissen, wie sich dies am sichersten feststellen läßt.

Mainz, 13. April. Der Landtags-Abgeordnete und Stadtverordnete Dr. Philipp Wasserburg ist heute Mittag 1 Uhr gestorben.

Für mildernde Umstände für Dr. Peters plädiert das Organ des Herrn v. Bennigsen, der „Hann. Courier“. Tropenkoller wird zur Entschuldigung des Kolonialhelden ins Feld geführt.

Oesterreich.

Die Regierung ordnete an, daß auch heuer am 1. Mai in den Staatsbetrieben weder gänzliche noch theilweise Freigebung der Arbeiter eintrete; im Falle eigenmächtiger Arbeitseinstellungen werde gegen die Schuldigen nach voller Gesetzesstrenge vorgegangen werden.

Wir berichteten gestern, daß der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs die Regierung ersucht hatte, diese Anordnung „möglichst bald“ zu treffen. Gehorsamer als ein Hausknecht kommt die Regierung Oesterreichs dem frechen Begehren des Proletariats nach.

Ungarn.

Kroatische Willkürherrschaft. Aus Agram wird der „Bosnischen Zeitung“ gemeldet: Der Vannus verfügte die Aufhebung sämtlicher politischen Parteiklubs und Vereine. Das Vereinsvermögen soll beschlagnahmt und die Vorsitzenden der ungesetzlich gebildeten Klubs zur Rechenschaft gezogen werden. Solche Klubs wurden nach Spaltung der Rechtenpartei zahlreich gegründet. Die Maßregel soll mit den jüngsten agrar-sozialistischen „Ausbreitungen“ in Syrmien zusammenhängen; die Verordnung stützt sich auf das Gesetz vom Jahre 1852, da in Kroatien kein Vereinsgesetz besteht.

Frankreich.

Der letzte Sonntag hat den Sozialisten noch einen Wahlsieg gebracht. Auch in Armentières, einer Nachbargemeinde von Roubaix, war der Gemeinderath aufgelöst worden, aber nicht wegen sozialistischer Gesinnung — denn er war konservativ — sondern wegen grober, von den Sozialisten erwiesener Ungeheuerlichkeiten. Wohl, am Sonntag war die Neuwahl, und die Sozialisten haben einen Kandidaten im ersten Wahlgang durchgeseht, und mit den anderen sind sie in der Stichwahl. So schreiet der Sozialismus trotz aller Verfolgungen unaufhaltsam voran.

Paris, 12. April. (Eig. Ber.) Neben dem glänzenden Gemeinbewahnsfest unserer Genossen in Roubaix die vereinigte kapitalistisch-pfälisch-republikanisch-monarchistische Liste, neben dem Stichwahlsieg für den Gemeinderath von Carmaux, des Genossen Bouteiller über Neffguyers Kandidat, Dr. Subre, den frechen kapitalistischen Landstreich, der im Herbst vorigen Jahres gemeinschaftlich mit der Polizei die Sozialistenhegen organisiert hatte, neben der ersten sozialdemokratischen Wahl in den Gemeinderath von Armentières (bei Roubaix) — ist als ein symptomatisches Ereigniß der öffentliche Beitritt des radikalen Abgeordneten von Lille, Oberst Serer, zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu verzeichnen. In einer Parteiversammlung, einberufen in Carmaux, bei Paris, vom Wahlkomitee des Genossen René Chauvin, motivirte der Oberst seinen Beitritt mit der Erkenntnis, daß einzig die proletarische Demokratie im Stande sei, die Gefahr der Erdrückung der Republik durch die verkappten Monarchisten, welche die sicherste Stütze des Kabinetts Meline bilden, abzuwenden und die Herrschaft der Plutokratie zu brechen, welche mit Hilfe der um das Banner des Papstes sich scharenden Reaktionskräfte Frankreich ausplündert und enteignet. Seinen früheren Freunden, den Radikalen, warf er vor, sich mehr um die Jagd nach den Ministerposten zu kümmern, als um die Bekämpfung der Bourgeoisie. Er habe sich daher von ihnen getrennt, um in den Reihen der Arbeiterpartei für den Triumph der Republik der Arbeiter wirken zu können.

Oberst Serer ist nicht der erste Ueberläufer aus dem bürgerlichen ins proletarische Lager. Seine berühmtesten Vorbilder heißen Jaurès und Millerand. Er wird auch nicht der letzte sein. Je schärfer sich der Klassenkampf ausprägt, desto mehr muß sich der Zerlegungsprozeß innerhalb der radikalen Mittelpartei vollziehen. Die eckeligen, die ganzen Naturen schwanken weiter nach links ab, die anderen weiter nach rechts. Und zwar sind die radikalen Parlamentarier dabei in der Regel die Gefohlenen. Sie folgen nur der Wählermasse, deren Bourgeoisieelemente aus Angst vor dem Sozialismus immer reaktionärer werden, deren proletarische und kleinbürgerliche Elemente sich immer zahlreicher dem Sozialismus anschließen. Der politische Muth des Abgeordneten von Lille ist aber wegen dessen militärischer Vergangenheit doppelt anerkennenswerth.

Die Ordnungsgesellschaften haben unter der wohlwollenden Neutralität der Regierung eine regelrechte Steuer-verweigerungs-Aktion organisiert. Die zirkulär anderthalb Millionen Franzosen betragende Vermögenssteuer ist den zumest feierreichen Kongregationen aus purem Uerkalem Uebermuth verhaft. Für das laufende Jahr hätte die Steuer bereits bis zum 1. April entrichtet werden sollen. Es wurden aber bloß 272 500 Fr. einbezahlt. Dazu die Steuerrückstände für das vorige Jahr im Betrage von über 1 Million. Die frommen Steuerverweigerer widersprechen sich dem Fiskus nicht nur durch eine langwierige Prozeßführung, sondern auch mit Gewalt. Kürzlich hat der Vater Le Doré, Vorsteher des Audisiten-Ordens, mitten in Paris gegen den Gerichtsvollzieher, der die Steuer gewaltsam einzutreiben hatte, die im Ordens-Asyl beherbergt, mehr oder minder „bühnenden Dirnen“ mobil gemacht. Die ehemaligen Vorbildkamen jagten die Beamten durch ausserwählte Sprüche und Körperwendungen in die Flucht...

Paris, 12. April. In Carmaux verlief der gestrige Abend infolge der dortigen Gemeinderaths-Wahl sehr bewegt. Auf dem Balkon des sozialistischen Vereinslokals war ein Orchester installiert und auf der Straße vor derselben wurde flott getanzt, bis die Polizei einschritt. Hierbei kam es zu Widersehlichkeiten, so daß um 11 Uhr abends die berittene Gendarmerie den Platz räumen mußte. Der Gemeinderath Perier wurde bei dieser Gelegenheit verhaftet, bald darauf allerdings wieder in Freiheit gesetzt, doch trug das Verhalten der Polizei begreiflicherweise nicht zur Beruhigung der erregten Gemüther bei.

England.

London, 11. April. Aus den neuerdings veröffentlichten Konsularberichten geht wieder hervor, wie sehr die Sachverständigen thätiglich besorgt sind, daß eine Ueberfüllung des englischen Handels durch deutsche Firmen erfolgen oder andauern möge. Der englische Konsul von Patras schreibt: Die Anzahl und der Tonnengehalt der englischen Fahrzeuge, welche während des letzten Jahres in den Hafen von Patras eingelaufen waren, zeige gegen früher Jahre eine bedeutende Abnahme. Obschon dies zum theil auf die mangelhafte Ernte und die für den Import so unangünstige Finanzlage des Landes zurückzuführen sei, so müsse man es doch zum größten Theil dem starken Wettbewerb zuschreiben. In früheren Jahren sei der Handel fremder Schiffe nicht nebensächlich gewesen, jetzt nehme er jährlich größere Verhältnisse an und werde sehr bald die englischen Schiffe verdrängen, wenn nicht die englischen Rheder aus ihrer offenkundigen lethargie erwachen sollten. Deutschland scheine den größten Vorsprung im Wettbewerb zu erreichen. Der Tonnengehalt der deutschen Schiffe für die Halbinsel Morea habe im Jahre 1895 10 317 Tonnen betragen; im vergangenen Jahre jedoch 21 067. Der englische Konsul

in Cherbourg berichtet, die Engländer hätten noch viel zu lernen, bis sie sich auf eine Stufe mit den deutschen Mitbewerbern stellen könnten. Der englische Handel müsse so lange leiden, als die Exportfirmen ihre Preislisten in englischer Sprache nach Frankreich sendeten und ihre Reisenden eine fast vollständige Unwissenheit in der französischen Sprache besäßen. Im Gegensatz hierzu seien die deutschen kaufmännischen Reisenden vollkommene Kenner der französischen Sprache und sicherten sich die Aufträge mit großer Beiligkeit.

London, 13. April. Unterhaus. Der Chef-Sekretär des Lord-Peutenants von Irland, Gerald Walfour, legte einen Gesetzesentwurf vor betreffend die Errichtung eines Ministeriums für Landwirtschaft und Industrie in Irland. Die erste Lesung wurde angenommen. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 26. April.

Italien.

Crispi ist noch nicht in Gefängniß, dafür sind verschiedene Zeitungen, unter ihnen der „Noanti“, wegen Artikel über Crispi beschlagnahmt worden. Der italienische Bismarck scheint in der Regierung noch härtere Freunde zu haben, als der deutsche Crispi. Dieser ist zwar gegen den Staatsanwalt gefeit aber nicht gegen die Preßkritik — der italienische Bismarck wird durch seine mächtigen Gönner nicht bloß dem Zuchthaus entzogen, sondern auch der Kritik der Presse. Das ist stark. Da das Beschlagnahmestück gegen den alten Verbrecher sich aber von Tag zu Tag häuft und die Beweise seiner Schuld förmlich herniederlagern, so bedarf es aller ungeheuerlichen Bemühungen des mehr — adelmüthigen als klugen Königs Umberto, um ihn auf die Dauer zu schützen. Der einzige Erfolg dieser selbstausopfernden Bemühungen ist, daß die Monarchie immer heillosler kompromittirt und Wurzel um Wurzel der ohnehin nicht festgewurzelten Savoyer-Dynastie gelodert wird.

Amerika.

Washington, 13. April. Der Präsident Mac Kinley hat gestern Abend gemäß der kürzlich angenommenen Bill betreffend die Förderung einer internationalen bimetalistischen Konferenz Senator Wolcott, Charles I. Paine-Doston und Adlai Stevenson zu Sonderbevollmächtigten für die Hauptstaaten Europas ernannt.

Schumann, Norman? Seit einiger Zeit haben wir von dem verurtheilten Proteus des Ledert-Löhlo-Prozesses nichts gehört. Als vor Wochen eine Zeitung andeutete, daß der Herr, einer Meldung zufolge, im Orient thätig sei und zwar in türkischen Diensten, kam eine anonyme Berichtigung, Herr Schumann-Norman habe für die Opfer der „bulgarischen Greuel“ gesammelt und sei auch philhellenisch gesinnt. Jetzt lesen wir nun in dem englischen Regierungsblatt „Standard“, daß ein Mr. Norman Hauptmitarbeiter des Gladstonischen „Daily Chronicle“, seit Monaten erklärten Organs der griechischen Regierung fürs Ausland ist, und in dem Palaste des Königs Georgios zu Athen frei aus und ein geht. Sollte das unser Schumann-Norman sein? Das wäre ja interessant. Unsere Londoner Freunde forschen wohl nach.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Am 9., 10. und 11. April sprach Genosse Auer in zahlreichen besuchten Volksversammlungen in Meerane, Ulzdorf und Penzig im 14. und 17. sächsischen Wahlkreis. Die Versammlungen, zu denen auch viele Dorfbewohner sich eingefunden hatten, verliefen unter großer Begeisterung und ohne jeden störenden Zwischenfall.

Auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Gemeinderaths-Mitglieder der Ortschaften des 11. badischen Reichstagswahlkreises Mannheim, die dieser Tage in Mannheim abgehalten wurde, konnte mitgeteilt werden, daß unsere Partei in den Gemeindevertretungen von 10 Orten jenes Kreises durch 159 Bürgerausschuß-Mitglieder vertreten ist. Mannheim hat 34, Freudenheim 24, Sandhofen 20, Schwohingen 19, Medaran 16, Friedrichsfeld 15, Schriesheim 14, Lodenburg 12, Zwoehheim 4 und Wödingen, das in den nächsten Tagen erst Neuwahl hat, vorläufig einen Vertreter der Sozialdemokratie im Gemeinderath. Die Verhandlungen der Konferenz, die durch ein Referat des Genossen Dreesbach über die Rechte und Pflichten der Bürgerausschuß-Mitglieder eingeleitet wurden, drehten sich, wie die „Volkstimme“ mittheilt, um eine Anzahl von Gemeindefragen, in denen ein einheitliches Vorgehen im ganzen Wahlkreis möglich ist, und führten zu einem befriedigenden Ergebnis. Es wurde beschlossen, daß sich die sozialdemokratischen Bürgerausschuß-Mitglieder in jedem Orte zu einer Fraktion zusammenschließen und die einzelnen Fraktionen unter einander in stetiger Verbindung bleiben. Ferner soll auf Grund der Erfahrungen, die die einzelnen Fraktionen machen, auf der Grundlage des allgemeinen Gemeindeprogramms der badischen Sozialdemokraten ein Landprogramm für die kleinen Ortschaften ausgearbeitet werden.

Todtenliste der Partei. In Dresden ist der Schuhmachermeister Gottlieb Knöfel, früherer verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, im Alter von 53 Jahren aus dem Leben geschieden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Arno Reichard in Dresden hatte in einer Metallarbeiter-Versammlung die Zustände von Betrieben der Metallindustrie geschildert und dabei gegen eine Fabrik den Vorwurf erhoben, die in ihr herrschenden Zustände seien die miserabelsten, gefängnißartig etc. Reichard wurde deshalb wegen öffentlicher Beleidigung vom Landgericht zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Bemerkenswerth ist aber, daß ihm vom Landgericht, was Sozialdemokraten gegenüber in Sachsen selten ist, der Schutz des § 193 des R.-St.-G. zugebilligt wurde. Der Angeklagte habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, doch gehe aus der Form der gebrauchten Worte die Absicht, beleidigen zu wollen, hervor.

Prozeß Koshemann und Genossen.

Sechster Tag.

Die Zahl der Zeugen, die der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kied, am Dienstag bei Beginn der Sitzung aufzuzi, ist noch immer eine große. Ein Theil der Zeugen wird bis Donnerstag beaufholt.

Nach einmal der Kaffier.

Präs.: Angell, Koshemann, Sie haben uns am Sonnabend in Aussicht gestellt, eventuell heute Mittheilungen über die Entziehung der Kaffier zu machen. Sind Sie bereit dazu? — Angell.: Nein. — Präs.: Wollen Sie sagen, wer im Untersuchungsgefängniß Ihnen Mittheilungen über den Prozeß Ledert-Löhlo gemacht hat? — Angell.: Ja. — Präs.: Nun, wer denn? — Angell.: Ledert. — Präs.: Wo haben Sie diesen gesprochen? — Angell.: Auf den gemeinschaftlichen Spaziergängen.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schöps soll der Vater des Angell. Koshemann noch vernommen werden, um über eine Bemerkung anzusagen, die der Zeuge Brede über den Angeklagten zu ihm (dem Vater) gemacht haben soll.

Etwas von Agents provocateurs.

Es wird sodann der Redakteur des „Sozialist“ Gustav Landauer vernommen, der sich selbst zur Zeugenchaft gemeldet hat. Er bekundet: Der Expedient des „Sozialist“, Wilhelm Spöhr erhielt eines Tages von einem Uhrmacher Richard Deulmann, Friedrichstraße 62, einen vom 23. Januar d. J. datirten Brief, in welchem er sich auf eine von Spöhr angeblich geschriebene Postkarte bezog und darin einen von ihm erfundenen mechanischen Zähler empfahl, der von ihm in einfacher Weise konstruirt sei und immer eine genau voraus bestimmte Zeit laufe, also nach 3, 5, 10, 20 Minuten, wie er gerade berechnet sei, mit Zuverlässigkeit lände. Herr Spöhr habe eine solche Postkarte überhaupt nicht geschrieben; letztere werde jeden davon überzeugen, daß die Postkarte von Deulmann selbst geschrieben sein müsse; der Eindruck, den die Sache auf Spöhr gemacht, sei der gewesen, daß

hier eine Spindelarbeit verrichtet würde. Am 26. Januar sei dann ein Mann auf der Expedition des „Sozialist“ erschienen, der sich als der Briefschreiber Dentmann vorstellte. Er behauptete, auf ein von ihm in der „Berliner Zig.“ eingesehtes Inserat, worin ein Geldmann als Theilhaber eines Patent-Unternehmens gesucht wurde, eine Postkarte, unterzeichnet von Spöhr, erhalten zu haben, worin dieser um nähere Auskünfte über das Unternehmen ersucht haben sollte. Dentmann machte entschieden den Eindruck eines Agenten-Provokateurs und man beschloß, die weiteren Aktionen des Dentmann abzuwarten. Er suchte sich dann in der großen Barcelona-Protestversammlung bei Keller dem Spöhr wieder zu nähern und lud ihn zum Kneipen ein; Dentmann habe keineswegs den Eindruck gemacht, daß er ein Anarchist sei, habe aber sowohl Spöhr, als ihm selbst gegenüber sehr aufreizende Redewendungen gebraucht. So habe er u. a. gesagt: Die deutschen Anarchisten seien doch sehr schlappe Kerle, daß sie sich so etwas gefallen lassen. Als man ihm entgegen hielt, daß die deutschen Anarchisten doch in Barcelona nichts thun könnten, habe Dentmann erwidert: auch in Deutschland haben die Anarchisten genug zu thun. Er habe ferner gesagt: wenn ich einmal aus der Welt gehe, dann muß Krause mit. Er, Zeuge, habe damals geglaubt, Dentmann habe mit dem Namen Krause nur eine Umschreibung des Namens des Kaisers geben wollen, erst der Prozeß Kofchemann habe ihn auf den Gedanken gebracht, daß mit dieser Wendung doch etwas anderes gemeint gewesen sei. Er habe es deshalb für seine Pflicht gehalten, den Dentmann, der einen sehr gedrückten, heruntergekommenen Eindruck gemacht, noch einmal aufzusuchen. Als er sich am 8. April in die Dentmann'sche Wohnung begab, habe er die Wohnung gerichtlich versiegelt gefunden. Er habe mit Schaudern vernommen, daß sich am 24. März Dentmann mit seiner Frau selbst getödtet, nämlich verbrannt habe.

Auf Befragen des Präsidenten erklärt der Zeuge, daß er Anarchist sei und zweimal wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen obrigkeitliche Erlasse mit 2 bezw. 9 Monaten Gefängniß bestraft worden sei. Damals sei er Redakteur des „Sozialist“ gewesen.

Die Stellung zum Eid.

Präs.: Haben Sie auch früher den Sozialist gelesen? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Nennen Sie die im Jahre 1892 erschienenen Artikel, betreffend den Eid eines Anarchisten, wenn er gegen einen Versammlungsgegenstand als Zeuge aufzutreten hat? — Zeuge: Ja, die habe ich gelesen. — Präs.: Billigen Sie die darin vertretene Ansicht? — Zeuge: Nein, ich stimme derselben nicht zu. — Staatsanwalt Kanjow: Herr Landauer, Sie sind, wie ich weiß, anarchischer Schriftsteller, warum traten Sie in den Spalten des „Sozialist“ nicht als Verfechter der entgegengesetzten Ansicht auf? — Zeuge: Ich hielt es nicht für richtig, durch Veröffentlichung einer Kritik zur Gegenüberstellung herauszufordern und dadurch vielleicht einen Verstoß gegen die Gesetze herbeizuführen.

Dentmann.

Staatsanwalt Kanjow: Lesen Sie den „Total-Anzeiger“? — Zeuge: Selten. — Staatsanwalt: In diesem Blatte hat eine Notiz über den Tod Dentmann's gestanden, sollten Sie dieselbe nicht gelesen haben? — Zeuge: Die Nachricht ist erst am 8. April zu meiner Kenntniß gelangt. — Staatsanwalt: Stehen Sie zu dem in der gestrigen Nummer des „Sozialist“ erschienenen Artikel: „Die Dynamit-Attentats-Prozesse entstehen“ und der im wesentlichen das enthält, was Sie uns heute erzählt haben, in irgend welcher Beziehung? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt: War es Ihnen nun nicht auffallend, daß ein Mann wie Dentmann, den Sie als einen Polizeispion hinstellen, seine Machinationen erst im Januar d. J. begann, während Kofchemann bereits im Juli v. J. verhaftet wurde? — Zeuge: Nein, das ist mir nicht aufgefallen. — Verteidiger: Wie sah Dentmann aus? — Zeuge: Ein Mann, gedungen und von Mittelgröße, mit einem vollen roten Gesicht und einem braunen Vollbart. Er machte, wie gesagt, einen unheimlichen Eindruck.

Polizei und anarchische Attentats.

Staatsanwalt: Verlehten Sie auch im Späth'schen Diskursklub? — Zeuge: Nein, die dort verkehrenden Anarchisten vertreten einen anderen Standpunkt. Wir verkehrten auch schon um deshalb nicht bei Späth, weil das Lokal und als Späth'sche bekannt war. — Verteidiger Dr. Werthauer: Können Sie uns Thatsachen angeben, wonach Polizei-Organen selbst derartige Sachen angeflistet haben? — Zeuge: Ja, ich erinnere nur an den Fall Wohlgenuth.

Kriminalkommissarius Bösel.

Kriminalkommissarius Bösel: Es wird hier wider der Versuch gemacht, die Polizei der Provoilation zu beschuldigen. Ich habe schon einmal kategorisch erklärt, daß ich keine Provoilation dulde. Ich bin von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die Gestaltungsgegenstände Kofchemann's den Versuch machen werden, die Angeklagten der Justiz zu entziehen, und daß die Anarchisten in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch sind, ist bekannt. Im „Sozialist“ hat auch schon vor längerer Zeit ein Artikel gestanden, in welchem die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, daß die Nachforschungen nach dem Abfender der Riste ohne Erfolg bleiben werden. Ich habe schon damals mit gesagt, ob nicht im letzten Augenblicke Herr Landauer als Helfer in der Noth auftreten wird. Mir ist es sehr interessant, daß diese Vermuthung jetzt bestätigt wird. Ich habe genau so, wie der Landrichter Hallerorden, die Empfindung gehabt, daß in dieser Angelegenheit allerlei dunkle Mächte arbeiten. Das bewiesen auch allerlei Artikel in den Zeitungen. Ein Artikel — ich glaube, er stand in der „Zagl. Rundschau“ — ging sogar so weit, zu behaupten, daß der Eifer untergeordneter Polizei-Organen, mit aller Gewalt in dieser Angelegenheit die Thätigkeit von Anarchisten zu entdecken, schon in maßgebenden Kreisen Anstoß erregt und zu Beratungen im Polizeipräsidium Veranlassung gegeben habe. Ich bin sofort darauf ausgegangen, mit Gewisheit darüber zu verschaffen, ob jene Notiz auf Wahrheit beruhe, und habe erfahren, daß dies keineswegs der Fall ist. Im Gegentheil: meine Vorgesetzten haben meinen unermüdblichen Eifer, in diese dunkle Angelegenheit Licht zu bringen, anerkannt. Die Alten werden zeigen, daß nicht von Anfang an ein bestimmter Verdacht obwaltete, sondern daß mühsam Baustein an Baustein gereicht werden mußte, um endlich das erdrückende Belastungsmaterial zusammenzubringen. Das man nun hier wieder versucht, diese ganze Sache als Spindelarbeit hinzustellen, dafür habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck. — Rechtsanwält Dr. Bieber: Der Zeuge hat hier von einem „erdrückenden“ Belastungsmaterial gesprochen. Hat er nach dem Gange des Prozesses auch heute noch die Ansicht, daß „erdrückendes Belastungsmaterial“ gegen sämtliche Angeklagte vorliegt? — Zeuge: Ich bin in meiner Erregung, die wohl gerechtfertigt ist, wohl etwas zu weit gegangen und habe mich in der Wahl des Ausdruckes vergriffen. Ein solches Urtheil darf ich natürlich hier nicht abgeben. — Rechtsanwält Dr. Bieber: Ich bitte also die Herren Geschworenen, auf dieses Urtheil keineslei Gewicht zu legen. — Staatsanwalt Kanjow: Ich nehme keinen Anstand, als Vertreter der Anklage zu erklären: Ich halte nach dem bisherigen Gange der Dinge noch nicht für dazugehörig, daß „erdrückendes Belastungsmaterial“ gegen sämtliche Angeklagte vorliegt. Wir sind ja aber noch nicht zu Ende und müssen das weitere abwarten.

Landauer im Kreuzverhör.

Auf Befragen der Verteidigung erklärt der Zeuge Landauer weiter, daß er und seine Freunde den Späth'schen Diskursklub stets mit Vorsicht behandelt haben, da er ihnen nicht unbedenklich erschien, weil dort doch manchmal auffallend unvorsichtige Reden gehalten wurden. — Staatsanwalt Kanjow: Ist Ihnen der Anarchist Dempf bekannt? — Zeuge Landauer: Jawohl. — Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß dieser Dempf, der Ihnen befreundet und schon oft bestraft ist, erst vor Kurzem Aufstellungen gethan hat, daß man die Thaten von 1848 wiederholen müßte? — Zeuge: Ich bin in jener Versammlung nicht zugegen gewesen und kann

kaum annehmen, daß Dempf solche Aeußerungen gemacht hat. — Zeuge Landauer erklärt weiter: Er habe sich zur Zeit der Abfendung der Riste in Bregenz am Bodensee dauernd aufgehalten und sei erst wegen einer schweren Erkrankung seiner Frau nach Berlin gekommen. Obgleich nun die Polizei nach einer einzigen bestimmten Person, der Frauensperson mit dem Titulspitz, recherchierte, habe sie sich nicht geschert, auch seine Frau, bei welcher keine Spur von Rehnlichkeit obwaltete, als Abfenderin der Riste zu verdächtigen. — Polizeirath Wolff: Die Recherchen haben sich nicht auf eine einzige, sondern auf 70-80 Frauenpersonen erstreckt. — Kriminalkommissarius Bösel erklärt zur Sache Dentmann nochmals ausdrücklich, daß er diesen absolut nicht kenne, auch ihn niemals als Agenten benutzt habe, wie er auch nicht wisse, daß Dentmann überhaupt als Polizeiaгент Verwendung gefunden hätte. Rede wachte von den Polizeimaßnahmen gegen Kofchemann.

Hierauf wird der Vater des Angeklagten K., der Steuerinspektor Kofchemann aus Weipenssee, vernommen. Er ist ein Mann von 55 Jahren, der in der Steuerbeamten-Uniform erscheint. Seine Brust ist mit Kriegsdienstmedaillen und anderen Auszeichnungen bedeckt. Er ist an dem vielverwähnten zweiten Pfingsttag 1895 auch mit in Königsbrunnertshausen gewesen und weiß, daß sein Sohn dort nicht auf eine längere Zeit verschwunden war und keine Gelegenheit hatte, im geheimen eine Uhr zu kaufen. Dagegen bekundet er, daß am Tage nach jenem Ausfluge der Zeuge Brede ihm allerlei Schleiches über seinen Sohn Paul erzählt habe. Namentlich habe er ihm schon damals gesagt, daß Paul K. von der Polizei auf die Anarchistenliste gesetzt und auch schon photographirt worden sei. Thatsächlich ist Kofchemann schon im April 1895 bei Gelegenheit einer vorübergehenden Sistring photographirt worden. — Zeuge Brede bekräftigt, daß er in positiver Form die staltgehabte Photographirung behauptet habe. Er habe allerdings in längerer Unterredung mit dem Vater Kofchemann die Ueberzeugung ausgesprochen, daß sein Sohn Anarchist sei und leicht auf die Anarchistenliste gesetzt und photographirt werden könnte. Der Angekl. Kofchemann behauptet, daß Brede aus seinem Munde nicht erfahren haben könne, daß er photographirt worden sei. Der Wunsch des Angeklagten, seinem Vater vor dessen Entfernung noch die Hand drücken zu dürfen, wird ihm erfüllt. — Präs.: Werden etwa Bedenken in bezug auf den Geisteszustand des Angeklagten Kofchemann erhoben? Dann müßte der Vater noch hier bleiben. — Rechtsanwält Werthauer: Die Verteidigung hat sich darüber noch nicht schlüssig gemacht. Mir selbst sind, wie ich nicht leugnen kann, schon einige Zweifel in dieser Beziehung entstanden. — Präs.: Dann kann also Kofchemann Vater nicht entlassen werden. Letzterer erklärt noch auf Befragen der Verteidigung, daß er, nachdem er von Brede die Andeutungen über seinen Sohn erhalten, diesem erste Vorhaltungen gemacht habe. Letzterer habe ihm geantwortet: „Die Sache sei nicht so schlimm,“ und habe dann versprochen, sich von der anarchischen Sache ganz zurückzuziehen. — Rechtsanwält Werthauer erklärt, daß er vielleicht noch in die Lage kommen werde, einen jezt in Oesterreich weilenden Zeugen, der auch am 29. Juli 1895 den Kofchemann zur kritischen Zeit in Weipenssee gesehen haben will, zu zitiren.

Spöhr über Dentmann.

Zeuge Spöhr, der Expedient des „Sozialist“, erzählt seine Begegnung mit dem Dentmann, der sich in sehr auffälliger Weise an ihn herangedrängt habe und den er ebenso wie Landauer für einen agent provocateur gehalten habe. — Staatsanwalt Kanjow: Ist es richtig, daß der Zeuge einmal gesagt hat: Ob die Anarchisten dies und jenes thun, ist eine Frage der Taktik, nicht eine Frage des Gewissens? — Der Zeuge bekräftigt dies. — Die Zeugen Landauer und Spöhr werden vertheidigt und entlassen.

Die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen.

Präs.: Kofchemann, als bei Ihnen am 30. Juni 1895 eine Hausdurchsuchung gehalten wurde, ist bei Ihnen ein auf eine Riste genageltes Uhrwerk gefunden worden. Was hat es damit für eine Bewandniß? — Angekl.: Das Uhrwerk habe ich in den Allgemeinen Elektrizitätswerken zu 50 Pf. gekauft. — Präs.: So wie es da ist? — Angekl.: Ja wohl, das sind anverwandte Uhrwerke, welche für Vorleuchtlampen gebräut hatten und dann für 50 Pf. das Stück verkauft wurden. — Präs.: Was wollten Sie denn mit dem Uhrwerk? — Angekl.: Ich hatte die Absicht, einen Apparat zu konstruiren, welcher für Aerzte dienen und den Zweck erfüllen sollte, mit Hilfe elektrischer Akkumulatoren jemand, der des Nachts an der Glocke eines Arztes zieht, sofort in den Stand zu setzen, zu erscheinen, ob der Arzt sich sprechen lassen will oder nicht. — Präs.: Angekl. Westphal, auch bei einer Hausdurchsuchung, die bei Ihnen vorgenommen wurde, sind allerlei Dinge, Uhrräder u. dgl., gefunden worden. Was wollten Sie denn damit? — Der Angekl. erklärt, daß er den Apparat zusammen mit Kofchemann ausüben wollte. — Kriminalwachmeister Targunski hat bei der Hausdurchsuchung bei Kofchemann außer dem Uhrwerk auch noch eine Rolle Leitungsdraht vorgefunden, von dem der Angekl. behauptet, daß er ihn zur Anlage von Haus-Telegraphen verwenden wollte. — Der Sachverständige Telegraphen-Assistent Targunski hält es nicht für unmöglich, daß das Uhrwerk zu dem von Kofchemann erwähnten Erfindungsversuche hätte dienen können. Das Werk ist ein solches, wie es für elektrische Zwecke verwendet wird, der Leitungsdraht ist der gewöhnliche, für Telegraphenleitungen verwendete. Eine Rehnlichkeit zwischen diesem Uhrwerk und dem einer Weckeruhr ist nicht vorhanden. — Kriminalschuttmann Buisse hat bei der Hausdurchsuchung außer einer Nummer der „Freiheit“ und mehrerer anarchischer Werke auch ein Glaschen Benzin und Kupferdraht vorgefunden. Das Benzin sollte angeblich zum Flammenreinigen, der Draht zum Ziehen telegraphischer Hausleitungen verwendet werden. — Kriminalschuttmann Schwerdtfeger hat bei dem Angekl. Weber die Hausdurchsuchung vorgenommen und dabei außer der „Freiheit“ auch zwei Hefte Rundschrift-Vorlagen und einen halben Bogen mit Rundschrift-Proben vorgefunden. (Die Begleitadresse der Sprengstoffe war bekanntlich in Rundschrift geschrieben.) Weber behauptet, daß die Rundschrift seinem Bruder gehören und daß er danach Uebungen angestellt habe. — Bei späteren Hausdurchsuchungen sind bei Westphal mehrere Uhrräder, anarchische Schriften, eine Patronenhülse, das Uhrwerk einer Weckeruhr in einer Schachtel vorgefunden. Westphal behauptet, daß es das Uhrwerk einer elektrischen Glocke war, welches die Beamten schon 1895 bei ihm gesehen, aber nicht mitgenommen hatten, während sie es 1896 als verdächtig mitnahmen. Die Patronenhülse habe er als Weisfisthalter benutzt. Bei Westphal ist ferner ein Brief aus Johannesburg mit Mittheilungen über die dort erfolgte Dynamit-Explosion vorgefunden worden, der nach seiner Behauptung von einem Schlächter Winkler herrührt. — Kriminalschuttmann Buisse hat ferner am 19. Juli 1896 bei der Wittwe Kofchemann eine Hausdurchsuchung nach Kofchemann's grauem Anzuge vorgenommen. Es wird behauptet, daß dieser Anzug nicht gefunden worden, thatsächlich aber in der Wohnung vorhanden gewesen, aber in einem Bergschmuckiger Wäsche verpackt worden sei. — Die Beamten erklären, daß sie in diesem Falle den Anzug gefunden haben würden.

Noch mehr Schutzleute als Zeugen.

Schutzmann Buisse bekundet, daß er die Wittve Kofchemann direkt nach dem grauen Anzug gefragt habe, sie habe aber verneint, daß er sich in ihrer Wohnung befinde. Von der Wittve Kofchemann ist der Beamte sofort zur Angekl. Görtler gegangen und hat auch dort vergeblich nach dem Anzuge recherchiert. — Kriminalschuttmann Jettkenhauer: Am 1. Juli 1896, als Paul Kofchemann das erste Mal verhaftet war, wurde er auf der Straße von Frau Wittve Kofchemann mit der Frage angesprochen: „Haben Sie ihn?“ Auf die bejahende Antwort sagte Frau Kofchemann weiter: „Da können Sie froh sein, denn die Angekl. Görtler ist mit Barföke nach dem Bahnhof gefahren, um Kofchemann von seiner drohenden Verhaftung zu benachrichtigen. Die Görtler hat Geld mitgenommen, damit Kofchemann sofort nach der Schweiz beschützt werden könnte.“ — Die Görtler bekräftigt dies; sie meint, die Kofchemann

habe schändlich gelogen, denn sie sei nur nach dem Bahnhof gegangen, um mit anzusehen, wann Kofchemann verhaftet würde und zu kontrolliren, ob sich die Beamten dabei etwa Uebergriffe zu schulden kommen lassen. — Ein Schutzmann will von Frau Kofchemann gehört haben, daß Frau Görtler mit Barföke und anderen Genossen in der Küche hinter ihrem Geschäftslokale Zusammenkünfte zu halten pflegte und vorn an ihrem Laden einen elektrischen Drücker angebracht habe, durch dessen Berührung die Genossen in der Küche benachrichtigt wurden, daß sie sich schleunigst hinter heraus zu entfernen hätten. — Die Angekl. Görtler meint, die schwerhörige Frau Kofchemann habe die ganze Sache mißverstanden; die telegraphische Leitung habe den Zweck gehabt, ihren Hausknecht, der hinten in dem Kohlenschuppen beschäftigt war, wenn es notwendig war, nach vorne zu zitiren.

Zeugin Wwe. Kofchemann.

die 58 Jahre alte Tante des Angekl. K.: Mein Neffe ist rechtschaffen und fleißig und reell gewesen, was weiter paßt ist, weiß ich nicht. — Präs.: Das wäre sehr wenig. Wir wollen einmal versuchen, ob wir etwas mehr herausbekommen. — Auf viele, eingehende Fragen des Vorsitzenden bekundet die Zeugin im allgemeinen folgendes: Ihr Neffe sei vor etwa 8 Jahren zu ihr gezogen, sei vielfach nicht zu Hause gewesen, und habe auch manchmal Bücher mit nach Hause gebracht, die er ihr auch zu lesen geben wollte. Sie wollte aber „an so was“ nicht glauben. Was dieses „so was“ war, erklärt die Zeugin nicht mehr zu wissen, denn „wenn sie ihre Brille nicht zur Hand habe, könne sie ja doch nichts sehen.“ Ihr verstorbenen Ehemann habe dem Angekl. Kofchemann wiederholt Vorhaltungen gemacht, daß er bei seiner Jugend doch nicht so oft in die Versammlung gehen solle. Bei Görtler's sei er sehr häufig gewesen, er habe sich auch mancherlei aus der Fabrik mitgebracht, wie Uhrräder u. dgl. Auf ihre Frage habe sie die Antwort erhalten, es solle eine Maschine „zum Stromfärken“ werden. Am 29. Juni 1895 sei er früh weggegangen, angeblich nach Martinsdenfelde; er habe einen grauen Anzug und einen dunklen, bläulichen Hut getragen. Als er nach seiner Verhaftung wieder nach Hause kam, habe er den grauen Anzug in seinen Koffer gelegt.

Der graue Anzug.

Präs.: Was ist dann aus dem grauen Anzug geworden? — Zeugin: Ich habe ihn verpackt. Rod, Fose, Weste waren in ein Papier gewickelt und ich habe das Paket in einen Waschkorb auf meine Wäsche gelegt. — Präs.: Bei der Hausdurchsuchung ist er aber nicht gefunden worden. — Zeugin: Weil er in der Küche war. — Präs.: Der Anzug ist also von Ihnen verpackt; warum denn? — Zeugin: Weil so viele kamen, junge Leute, die wollten den Anzug haben, und da habe ich gesagt, er sei nicht mehr da. Als der Kriminalschuttmann Buisse am 19. Juli 1896 die Hausdurchsuchung abhielt, habe er den Anzug nicht gefunden. Auch Frau Görtler sei einmal zu ihr gekommen, als sie die Vorladung zum Polizeipräsidium hatte, und habe den Anzug haben wollen. Sie wollte ihn wegbringen, habe aber den Anzug von ihr nicht bekommen. — Frau Görtler erklärt dies für unwahr. — Nach der weiteren Darstellung der Zeugin ist in der Sonntag-Nacht, in welcher Kofchemann verhaftet wurde, die Görtler mit ihrem Manne bei ihr gewesen und habe gefragt: „Ist Kofchemann schon hier?“ Auf die verneinende Antwort habe Frau Görtler gesagt: „Na, dann haben sie ihn fest“ und Herr Görtler habe hinzugefügt: „Na, nun siehst Du, was Du davon hast; nun werden sie Dich auch bald festnehmen!“ Die Zeugin erinnert sich nur langsam, daß Görtler's an jenem Abend auch noch etwas vom Bahnhofe gesagt haben, weiß aber nicht, ob damit gesagt sein sollte, daß Görtler's schon auf dem Bahnhofe waren und Kofchemann warten wollten. Bei ihrer ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter hatte die Zeugin behauptet, der Anzug sei weg gewesen und ein kleiner Junge habe ihn erst später wiedergebracht. Frau Görtler habe ihr dann gesagt, sie solle den Anzug nicht herausgeben und so habe sie ihn denn verpackt. Die Görtler hat sich einmal von einem gewissen Kaul ein Schreiben an den Oberinspektor des Zellengefängnisses in Wöhlfsee anfertigen lassen, in welchem angeblich die Wittve Kofchemann um die Erlaubniß nachsuchte, ihr eine Unterredung mit ihrem Neffen zu gestatten. Frau Kofchemann hat auch wirklich — wie sie sagt, ohne ihr Zutun — eines Tages eine Aufforderung aus Wöhlfsee erhalten, dort zu erscheinen, hat dann aber an jenem Tage ihren Neffen doch nicht sprechen können. — Frau Kofchemann bestätigt schließlich, daß ihr verstorbenen Ehemann am zweiten Pfingsttage einen halben Napfsuchen mit beigebracht habe, der in ein rothgeblümtes Taschentuch eingebunden war. — Einzelne belastende Aussagen dieser Zeugin sind nur unter Schwierigkeit mit ihren früheren Aussagen in Einklang zu bringen. Sie entschuldigt sich damit, indem sie dem Vorsitzenden sagt: „Sie jooeben jar nich, Herr Anwalt, wie schwach ich im Kopf bin. Ich habe meine Gedanken gar nicht mehr beisammen.“ — Nach Beendigung der

Mittagspause.

werden wiederum die Schreibsachverständigen vernommen um ihre Gutachten über die Adresse und den Begleitschein zu der Attentatsliste abzugeben. Da die beiden Adressen mit Rundschrift geschrieben sind, so ist die Aufgabe der Schreibsachverständigen eine schwierige. Herr Langenbruch erklärt, daß er nur mit Vermuthungen und Möglichkeiten rechnen könne. — Sekretär Altmeier kommt in seinem Gutachten zu dem Schlusse: Es liegen erhebliche Momente dafür vor, daß es wahrscheinlich ist, daß der Angekl. Kofchemann die Packetadresse geschrieben hat.

Die Entlastungszeugen.

Es werden zwei von der Verteidigung geladene Zeugen vernommen, die Mechaniker-Gesfrau Baumberger und der Mechaniker Götsch. Die erstere bekundet, daß ihr Mann im Sommer 1895 mit Kofchemann in der Wöw'schen Fabrik gearbeitet habe. Ob ihr Mann sich an dem erwähnten Sommerfest betheiligt habe, wisse sie nicht, glaube es aber nicht, da sie zur damaligen Zeit ein krankes Kind hatten. Ihr Mann arbeite jezt in einer Fahrradfabrik in Steyr in Nieder-Oesterreich. — Der folgende Zeuge, Mechaniker Götsch, hat ebenfalls mit Kofchemann zusammen gearbeitet. Er hat nicht an dem Sommerfest theilgenommen, aber von Baumberger gehört, daß dieser Kofchemann bei dem Fest getroffen habe. — Die Verteidiger Kofchemann's halten es für notwendig, die Baumberger aus Oesterreich kommen zu lassen, worauf der Gerichtshof dessen telegraphische Ladung beschließt. Nach kurzer Unterredung ziehen die Verteidiger ihren Antrag zurück und verzichten auf die Ladung des Zeugen Baumberger. Die Vernehmung der folgenden Zeugin, einer Wittve Kofchemann, mit der Wittve Kofchemann verwardt, verursacht dem Präsidenten ungeheure Schwierigkeiten. Wort für Wort muß ihr herausgehört werden. Endlich giebt sie zu, daß sie vor dem Untersuchungsrichter die Wahrheit gesagt habe. Damals hat sie bekundet, daß sie zugegen gewesen sei, als die Angekl. Görtler in der Nacht, als Kofchemann's Verhaftung erfolgte, zur Wwe. Kofchemann gekommen sei und gefragt habe, wo ihr Neffe sei. Als die Antwort erfolgte, daß er noch nicht zu Hause sei, habe die Görtler gesagt: „Na, dann haben sie ihn, denn ein Zug kommt nicht mehr.“ Die Zeugin hat aus der Uebersetzung der Görtler entnommen, daß sie selbst auf dem Bahnhof gewesen sei. Der Ehemann der Angekl. Görtler, der Paulschuttmann Augustin Görtler, erklärt, daß er von seinem Rechte, sein Zeugniß zu verweigern, Gebrauch mache.

Vernehmung des Berichterstatters Kaul.

Er habe die Angekl. Görtler durch keine Einkäufe, die er in ihrem Laden gemacht, kennen gelernt und dann auf ihre Bitte hin für die Wittve Kofchemann ein Gesuch an die Gefängnißverwaltung zu Wöhlfsee gerichtet. In verschiedenen Unterhaltungen habe Frau Görtler ihm von dem Gange der Vernehmung gegen Kofchemann erzählt, besonders, daß es der Polizei darum zu thun war, den grauen Anzug habhaft zu werden. Die Wittve Kofchemann bleibe bei allen Nachfragen dabei, daß sie den Anzug nicht habe. Eines Abends nach 10 Uhr sei Frau Görtler in voller Erregung zu ihm gekommen und habe gesagt, daß die Wittve

Koschemann mit dem Anzuge beiführte und fragte, wo sie damit bleiben solle. Der Zeuge habe gerathen, ihm den Anzug zu bringen, am folgenden Tage könne man sich ja darüber schlüssig werden, was damit geschehen solle. Frau Gürtler sei dann nach einiger Zeit wieder zurückgekommen mit dem Bescheide, daß die Wittve Koschemann sich eines anderen besonnen habe und sich nicht von dem Anzuge trennen wolle. — Der Zeuge erzählt ferner, daß er einmal den Bruder des Angeklagten Westphal getroffen und mit ihm über das Attentat gesprochen habe. Derselbe habe gesagt, er traue seinem Bruder die That zu. Er sei ein sehr geschickter Mann, der seine sämtlichen Betten untereinander mit einem Alarmsignal verbunden habe, so daß sämtliche Zusassen zu gleicher Zeit wach wurden. Dagegen habe die Angeklagte Gürtler stets behauptet, daß Koschemann unmöglich mit dem Attentat zu thun gehabt habe, wähle sie, daß dies doch der Fall sei, so würde sie ihn ohne weiteres der Polizei überliefern.

Von der Hausfuchung.

Die folgende Zeugnis, Produktenhändlerin Weber, bekundet, daß die Angeklagte Gürtler mehrfach in etwas verblümmter und bildreicher Weise über die Angelegenheit gesprochen habe. Die Bedienten haben alles bei der Wittve Koschemann umgeleitet, aber sie hat ihnen blaue und grüne Klitsche eingegeben. „Von mir kriegt man nichts heraus und wenn man mir den Kopf auf den Nichtblock legt.“ Eine andere Bedientin der Gürtler sei gewesen: „Wie kann man mir einen Strick drehen, wenn man keinen Hauf hat.“ — Zeuge Koschemann (Vater) wird, da nach Mitteilung der Verteidiger Anträge bezüglich des Geisteszustandes irgend eines der Angeklagten nicht gestellt werden, endgiltig entlassen.

Koschemann's physischer und geistiger Zustand.

Aus den herbeigeschafften Militärpapieren des Koschemann ergibt sich das merkwürdige Resultat, daß der Angeklagte anfangs großer Fetter geworden ist. Sein Körpermaß ist 1894 auf 1,66, 1895 auf 1,66⁵, 1896 dagegen nur auf 1,64 M. angegeben. — Es wird sodann Gesängnisinspektor Richter als Zeuge vernommen. Er ist in der Lage gewesen, in Plöbensee den Koschemann zu beobachten, als dieser seine Strafe von neun Monaten Gefängnis verbüßte. Er machte auf ihn einen etwas sonderbaren Eindruck, der von dem Verhalten der anderen Gefangenen abwich. Wenn er seine Zelle betrat, war er gewöhnlich erschrocken, im Gespräch war er zurückhaltend, machte aber doch einen lauernden, listigen Eindruck, war mädchenhaft kokett und regte bei dem Zeugen vorübergehend den Gedanken an, ob der Angeklagte wohl ganz normal sei. Er habe auch mitunter das Empfinden gehabt, als hätte Koschemann noch irgend eine ungeklärte That auf dem Gewissen. — Gefängnisinspektor Schmidt hat ähnliche Beobachtungen gemacht. Auch er hat aus seinem ganzen Verhalten die Ueberzeugung gehabt, daß Koschemann noch irgend etwas auf dem Kerbholz haben müsse; diese Ueberzeugung ist ihm auf Grund seiner 30jährigen Erfahrung geworden. Koschemann habe auch im Gefängnis behauptet, daß er nicht zur Propaganda der That gehöre, aber sonst sehr verschrobene Ansichten vertreten, mehrmals auch gelogen.

Eine ganze Anzahl von Zeugen wird endgiltig entlassen.

Die Majestätsbeleidigung.

Die Beweisaufnahme wendet sich im letzten Theile der Sitzung der Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen die Angekl. Gürtler zu. Während dieses Theiles der Verhandlung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Am Mittwoch soll keine Sitzung stattfinden, dagegen ist in Aussicht genommen, daß am Donnerstag die Schlussitzung stattfindet, da nur noch wenige nachträglich benannte Zeugen zu vernehmen sind.

Bewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Das Protokoll über den zweiten internationalen Kongress der Metallarbeiter, der am 23., 24. und 25. Juli 1896 in London abgehalten wurde, ist jetzt endlich auch in deutscher Sprache erschienen. Der Zeitraum, der für die Fertigstellung des Werks nötig gewesen ist, erscheint auch dann als ein allzu langer, wenn man die Schwierigkeiten vollaus würdigt, die durch die Uebersetzungsarbeit gegeben sind. Hat der Bericht also etwas an Aktualität eingebüßt, so enthält er doch, namentlich was die Berichte der einzelnen Länder über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung betrifft, sehr schätzenswerthes Material.

In die Mauer der Provinz Brandenburg! Seit 1. April befinden sich die Maurer von Brandenburg und Köpenick im Streik, die Brandenburger wegen Nichtanerkennung der Organisation und Verweigerung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die in Köpenick aus letzterem Grunde. Die Unternehmer beider Orte machen nun die verzweifeltsten Anstrengungen, Arbeitswillige aus der Provinz heranzuziehen. In fast allen Kreis- und bürgerlichen Stadt-Zeitungen werden bei hohem Lohn nach Brandenburg 800 und nach Köpenick 150 Maurer gesucht. Verschwiegen wird bei diesen Arbeitsangeboten natürlich, daß in beiden Orten die Maurer sich um Erreichung besserer Löhne im Streik befinden. Wir ersuchen nun alle Maurer sowie alle solidarisch fühlenden Arbeiter der ganzen Provinz und darüber hinaus, dafür zu sorgen, daß die Liebeshand der Herren Unternehmer nicht von Erfolg gekrönt ist. Sorgt in allen Orten dafür, daß kein Mann nach Brandenburg und Köpenick geht. Im Auftrage der Agitationskommission der Maurer der Provinz Brandenburg: H. Silberschmidt, Schöneberg-Berlin, Kposel Paulusstr. 2.

Die Töpfer Breslaus stehen im Generalkstreik.

In Mtskau und Umgegend haben sämtliche Scheibentöpfer an die Fabrikbesitzer schriftlich die Forderung gestellt, den Lohn um 10 pCt. zu erhöhen. Falls es zu keiner Einigung kommen sollte, wird in 14 Tagen die Arbeit niedergelegt werden. Die Verantwortlichen bitten deshalb die Fachgenossen, den Zuzug vorläufig zu unterlassen.

In Lübeck dauert der Streik in den Möbelfabriken von Gehr. Wasserstradt, B. Senff, Ad. Geh, G. M. Th. Wahrst, J. P. D. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Bangert unverändert fort. Die Verhandlungen, die von der Streikkommission angeknüpft worden waren, sind resultatlos verlaufen.

In Wismar hat die Tischler-Zinnung die Forderung ihrer Gesellen auf zehnstündige Arbeitszeit mit Stimmgleichheit abgelehnt. Dagegen haben die Arbeiter in 6 Werkstätten mit 16 Gesellen die verlangte Arbeitszeit eingeführt.

Zur Lohnbewegung der Steinseher wird uns geschrieben: Aus Hamburg ertheilt Steinseherstreik vermindert sich die Zahl der Unterstützten von Woche zu Woche. Sie betrug in der vergangenen Woche 118. Es ist in letzter Zeit gelungen, eine beträchtliche Anzahl Steinseher in Betrieben unterzubringen, die an der Lohnbewegung nicht betheiligt sind, so z. B. bei der Straßenbahn. In der vergangenen Woche hatten die Vertreter der vom Streik betroffenen Firmen an zwei Tagen hintereinander Sitzung mit den Vertretern der städtischen Deputation. Was dabei ausgemacht wurde, entzieht sich vorläufig noch der Kenntnis der Arbeiter.

In Magdeburg sind bei der Firma Ludenthin noch zehn Mann ausständig, die übrigen konnten bei anderen Meistern untergebracht werden. Zuzug ist fernzuhalten. Dasselbe gilt auch für Osterburg.

In Herford beantragten die Steinseher eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 40 Pf. und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Außerdem soll das System der Lohn-Abzugszahlungen aufhören. Bisher war es dort üblich, daß den Arbeitern

jede Woche ein Theil des Lohnes einbehalten und die auf diese Weise „gepartete“ Gesamtsumme zu Weihnachten ausgezahlt wurde.

In Sangerhausen weigern sich die Meister, irgend eine Antwort auf die Anträge der Arbeiterchaft zu geben. Sämtliche Steinseher sind deshalb auswärts in Arbeit getreten, wodurch die Meister vollständig auf's Trockene gesetzt wurden.

In Xera (Reuß) hat ein Meister die angestellten Forderungen: 50 Pf. Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit, in vollem Umfange bewilligt, während zwei andere Unternehmer (H. Fiedler und Wittw. Hüttig) nur 48 Pf. zahlen wollen und betreffs der Arbeitszeit gar nichts verlaunten lassen. Der Zuzug ist von diesen beiden Geschäftshaus fernzuhalten.

Aus Köln wird uns geschrieben: Die hiesige Polizei nimmt auf ihre Art Antheil an den Lohnkämpfen. Die Kölner Studenten sind seit einer Woche ausständig. Gegen sie richtete sich ein von Entstellungen und Verhöhnungen wimmeler Artikel im „Stadt-Anzeiger“, dem lokalen Abteiler der „Kölnischen Zeitung“. Zur Widerlegung der Schmähungen gab die Lohnkommission eine richtige Darstellung auf Plakaten. Tags darauf sah man Schulkleute und Kommisare damit beschäftigt, die Plakate abzureißen. Auf eine Beschwerde beim Polizeipräsidenten kam der Bescheid, daß die Entfernung erfolgt sei auf Grund des § 9 des preuss. Pressgesetzes vom 12. Mai 1851, wonach Plakate, die einen anderen Inhalt als die Ankündigung von Versammlungen und Vergütungen oder geschäftlicher Angelegenheiten enthalten, nicht angeschlagen werden dürfen. Diese Bestimmung besteht ja nun nach § 30 des Reichspressgesetzes zu Recht, sie wurde aber hier in Köln noch nicht in Anwendung gebracht. Bei Wahlen aller Art werden Plakate agitatorischen wie polemischen Inhaltes angeschlagen, und die „Kölnische Zeitung“ darf unbeanstandet ihre Extrablätter anbringen. Die Empfänger des politischen Bescheides haben der Behörde den Empfang bestätigt mit dem Ausdruck der Verwunderung, daß am selben Tage, wo das Plakat der Studenten entfernt wurde, ein Extrablatt der „Kölnischen Zeitung“ angeschlagen war, ferner mit der Versicherung, daß man in Zukunft so frei sein werde, die Polizei auf fernere Ueber tretungen obiger Bestimmung von anderer als gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Seite gebührend aufmerksam zu machen.

Der Verband der Brauereien von Frankfurt a. M. und der Umgegend hat die Forderung der organisierten Brauereiarbeiter betreffend die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichts abgelehnt, sich dagegen für ein Schiedsgericht von Fall zu Fall erklärt. Als Grund für die Ablehnung eines ständigen Schiedsgerichtes wird u. a. die Schwierigkeit der Beschaffung einer unparteiischen Persönlichkeit für den Vorsitz angeführt. Auch wird die vorgeschlagene Entscheidung durch das Loos bei Führung des Vorsitzes durch einen Unparteiischen als praktisch unannehmbar bezeichnet. Nach Meinung des Verbandes würde sich die Sache in einzelnen besonderen Fällen anders gestalten. Es würde dann eher Aussicht vorhanden sein, einen unparteiischen Vorsitzenden zu finden, der nach Lage der Sache den einzig wesentlichen und unentbehrlichen Faktor der schiedsgerichtlichen Funktion darstellt, und der deshalb nicht, wie von den Arbeitern vorgeschlagen wurde, nur beratende Stimme haben dürfte, sondern unter allen Umständen mitentscheiden dürfte. Auch wird an dem vorgelegten Entwurf bemängelt, daß nur organisierte Arbeiter an den Wahlen zum Schiedsgericht theilnehmen und die übrigen, die nahezu den größeren Procentsatz der Arbeiterchaft in den Verbandsbrauereien ausmachen, von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden sollen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ vertheidigt den Ausschluß der auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehenden großen Mehrheit der Buchdrucker Leipzigs und ihrer Delegierten aus dem dortigen Gewerkschaftskartell. Sie scheint aber das unsichere ihres Standpunktes selber zu fühlen, denn sie unterscheidet zwischen einer „festlegenden, zeitbestimmenden und auf Gegenseitigkeit beruhenden Tarifgemeinschaft“ und „festen, zeitbestimmenden und auf Gegenseitigkeit beruhenden Tarifen“. Diese Unterscheidung ist aber Wortklauberei. Jeder mit den Unternehmern vereinbarte Tarif ist eine Tarifgemeinschaft, jeder solche Tarif „fest“ wie die Unternehmer. So auch die Arbeiterorganisation „fest“, die ihn abschließt. Man kann die Zweckmäßigkeit von Bestimmungen der Tarifgemeinschaften tabeln, wie hinsichtlich der Bestimmungen der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft der „Vorwärts“ ja auch Kritik geübt hat, aber man hat kein einleuchtendes Recht, die Tarifgemeinschaften und damit die der Buchdrucker in Bausch und Bogen auf den Index zu setzen, und noch viel weniger ein Recht, der Mehrheit der Arbeiter eines Gewerbes, die durch eine, wenn auch nicht in allen Punkten einwandfreie Tarifgemeinschaft ihr berufliches Interesse besser zu wahren hoffen, als durch den festgesetzten Faustkampf mit dem Unternehmertum, die Qualifikation zur Bethätigung an der modernen Arbeiterbewegung abzuschneiden. Am allerwichtigsten liegt ein solches Verfahren im Interesse der Sozialdemokratie, die jedenfalls viel zwingendere Gründe hat, die eigentlichen Arbeiterkategorien in ein großes Ganze zu verschmelzen, als anderen Gesellschaftsklassen Konfessionen zu machen.

Der Schuhmacherkreis in München wird, nach einer Meldung der „Münchner Post“, wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen zu gunsten der Arbeiter beendet werden. Bei den Unterhandlungen mit der Lohnkommission haben die Meister versprochen, den von den Gesellen aufgestellten Tarif zu bezahlen und ihn in den Werkstätten auszubringen, auch dafür zu sorgen, daß der Zinngestalt vollständig verschwindet; ferner sind sie einverstanden, daß der Arbeitsnachweis gemeinsam geführt wird. Nur wollen die Meister keinen Revers unterschreiben. Die Lohnkommission erhielt nun Vollmacht, in den einzelnen Fällen nach ihrem Ermessen von der Unterzeichnung des Reverses Abstand zu nehmen. Im Streik stehen zur Zeit noch rund 150 Schuhmacher, die zu unterstützen sind. An Unterstützung wurden bis jetzt 1500 M. ausgegeben.

Der Verband der elsass-lothringischen Buchdrucker veröffentlicht den Bericht über seine Thätigkeit im Jahre 1896. Der lebhafteste Kampf, der im übrigen Deutschland die Buchdrucker über den Abschluß der Tarifgemeinschaft bewegte, ging hier spurlos vorüber, da die Organisation in einem kurzen Kampfe den Neunstundentag und die Einführung des neuen Tariffs errang. An Unterstützungen gewährte die Organisation den ausländischen Kollegen 432,96 M. und den deutschen Gewerkschaften, die sich im Ausstand befanden, 1225 M. Für eigene Unterstützungsarbeiten wurden u. a. aufgemandt: 810 M. für Arbeitslose, 2721 M. für Genesende, 3185 M. für vorübergehend Erwerbsunfähige und 1244,38 M. für invalide Mitglieder. Das Vermögen des Vereins belief sich auf 45 888,84 M.; die Zahl der Mitglieder betrug 562.

Ausland.

Die Hiesler Wiens und Umgegend beschloffen, den Unternehmern Forderungen unterbreiten zu lassen und bis 28. April Antwort zu verlangen. Diese Bewegung hat darin ihre Ursache, daß die Erwerbslosen des letzten Streiks zum größten Theil wieder verloren gegangen sind. Die Forderungen beziehen sich auf Lohn-erhöhung, Abschaffung der Alfordarbeit, Verbesserung der immer noch höchst elenden Wohnungsverhältnisse u.

Die Vergleiche von Grandcombe bei Mais in Frankreich stehen im Streik. Es soll in einigen Anbestellungen gekommen sein, da die feiernden Grubenarbeiter die Einstellung der Arbeit in dem ganzen Becken herbeizuführen versuchten. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen.

Soziales.

Auch ein Gedentag! Heute vor einem Jahre begannen vor der Reichskommission für Arbeiterstatistik die mündlichen Vernehmungen von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Konfektions-Industrie. Bis jetzt ist der geplante Arbeiterschutz soweit, daß von der Kommission dem Reichskanzler einige wirkungslose Vorschläge unterbreitet sind. Wie weit wird die Angelegenheit heute über ein Jahr gediehen sein?

Die bürgerlichen Frauenvereine Berlins wollen, wie berichtet wird, angeblich der Frage näher treten, ob nicht den Frauen durch die — Handweberei ein neuer Erwerbszweig eröffnet werden kann. Wenn sich diese Vereine auch nur die oberflächlichste Kenntnis der deutschen Wirtschaftsgeschichte angeeignet hätten, so müßte das hinreichen, um sie zu veranlassen, über jenen unsinnigen Gedanken zur Tagesordnung überzugehen.

Ein drastisches Mittel, den Behörden zu zeigen, wie die Arbeiter bei städtischen Arbeiten von den Unternehmern ausbeutet werden, haben die Stettiner Steinseher angewendet. Sie hatten dem Magistrat eine Petition um Einführung der Regie-Arbeit unterbreitet. Der Referent, welcher dieselbe der Stadtverordneten-Versammlung mitzutheilen hatte, verlas jedoch die Petition gar nicht und empfahl Ablehnung derselben, da die Steinseher doch höchstens nur 15 bis 18 Quadratmeter Pflaster pro Tag herstellen, die Stadt mithin keinen Vortheil bei der Regie-Arbeit hätte. In Wirklichkeit müssen die Steinseher aber fast genau das doppelte Quantum liefern. Die Steinseher beschloffen nun, der Zinnung unverzüglich mitzutheilen, daß sie nach Ostern pro Tag und Mann nur noch 15—18 Quadratmeter Pflaster herstellen würden. Die Antwort, welche die Zinnung hierauf zweifellos geben wird, soll dann dem Magistrat zugeschickt werden.

Soziale Rechtspflege.

Infolge eines Irrthums hatten eine Anzahl Bauarbeiter bei der ersten Lohnzahlung in der neuen Stellung mehr Geld bekommen, als ihnen die Unternehmer zugebacht hatten. Da ihnen weder beim Engagement noch bei der Auszahlung angegeben wurde, wie viel sie für die Stunde bekommen sollten, so rechneten sie sich einen Stundenlohn von 40 Pfennig heraus. Andere, die später angingen, hörten dann von ihnen, daß es für die Stunde 40 Pfennige gebe. Als bei der nächsten Lohnzahlung der Lohn aber nur nach dem Stundenlohn von 30 Pfennig berechnet wurde, glaubten die Leute, 11 an der Zahl, denachtbeiligt zu sein. Sie klagten deshalb beim Gewerbegericht auf Herauszahlung des Restlohns von je 5,40 M. Hier stellte sich nun heraus, daß der Polier in der ersten Woche jedem einen Arbeitslohn zuviel angedreht hatte und daß ihn die Arbeitgeber für den Verlust haltbar gemacht hatten. Die Kläger betonten demgegenüber, daß sie auf jeden Fall irreführt worden seien und daß das nicht geschehen wäre, wenn man sie gleich beim Engagement von der Höhe des Lohnes unterrichtet hätte. Die Kammer III unter dem Vorsitz des Assessors Lohmeyer wies jedoch die Kläger mit der Begründung ab, sie könnten aus einem Irrthum keinen Vortheil ziehen.

Zur Berechnung des Einkommens landwirtschaftlicher Unternehmer hatte das Reichs-Versicherungsam in einem Rechtsstreit gegen die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Stellung zu nehmen. Ein ländlicher Pächter hatte vergeblich eine Unfallrente verlangt. Die Berufsgenossenschaft stützte sich auf die vom Gesetz zugelassene Bestimmung ihres Statuts, wonach Landwirthe, die mehr als 2000 M. jährliches Einkommen haben, persönlich nicht der Versicherungspflicht unterliegen. Der Verletzte bestritt, daß sein Einkommen so hoch sei und legte Berufung und dann Rekurs ein; sämtliche Instanzen erkannten aber zu seinen Gunsten. Das Reichs-Versicherungsam führte aus: Für die Ermittlung des Verdienstes ist das Einkommen maßgebend, welches bei der Einschätzung zur Einkommensteuer als aus der Land- oder Forstwirtschaft fließend in die Steuerrolle eingetragen wird; von diesem Einkommen sind nur die grundsteuerartigen Lasten, nicht aber die vom Unternehmer zu zahlenden Pachtsummen oder Schuldenzinsen abzuziehen, wie es Kläger wollte. Auch Altentheile und auf private Rechtsmittel begründete Renten sind bei der Feststellung, ob der Versicherungszwang obwalte, vom Einkommen nicht in Abzug zu bringen. Dagegen müssen Renten öffentlich rechtlicher Natur zu den abzugsfähigen grundsteuerartigen Lasten gerechnet werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kiel, 13. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier ist heute ein Tischlerstreik ausgebrochen. In 18 Werkstätten mit 33 Arbeitern wurden die Forderungen bewilligt, während in 24 Werkstätten ca. 130 Arbeiter im Ausstand stehen.

München, 13. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Streik der Schuhmacher nimmt einen günstigen Verlauf. Bisher haben 71 Meister bewilligt und die Zahl der Ausständigen ist auf 80 gesunken. In dem Ausstand der Schneider drohen Maßregelungen und ist deshalb der Zuzug fernzuhalten.

Stettin, 13. April. (S. P.) Auf der Abendmahl wurde nachts ein Mord an dem russischen Matrosen Tauson verübt. Als Thäter sind die Arbeiter Schulz und Jemmin von hier verhaftet worden. Es handelt sich anscheinend um Raubmord.

Köln, 13. April. (S. P.) In der gestrigen General-Versammlung der Lesegesellschaft machte der Vorsitzende Dr. Wagem, der Redakteur der „Kölnischen Volks-Zeitung“, die Mittheilung, daß der Kassirer der Gesellschaft seit acht Jahren Unterzahlungen gemacht habe, die jezt 97 000 Mark betragen. Der Vorfall erregt großes Aufsehen, da der Kassirer im öffentlichen Leben hervorragende Stellungen bekleidete und sich besonders als stellvertretender Vorsitzender im Verein gegen das Unwesen im Handel und Gewerbe bemerkbar machte.

Köln, 13. April. (S. P.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kanea von heute: Heute wurden 50 türkische Soldaten zur Verstärkung des Forts von Kiffamo ausgeschifft, dessen beide oberen Blockhäuser aufgegeben und zerstört worden sind. Die Griechen suchten die Ausschiffung wiederum zu verhindern. Oesterreichische Baracken und Boote erhielten mehrere Angeln. Die österreichischen Schiffe „Stefani“, „Sebenico“, „Tiger“ und ein der türkischen Anonvenboote, sowie die Forts eröffneten das Feuer auf die Ausständigen und vertrieben sie zeitweise. Die Griechen haben fänglich einen türkischen Unteroffizier gefaßt und nachts vor dem Fort aufgestellt. Der Kommandant der „Stefani“ erhielt einen Brief von den Führern der Ausständigen, welcher anzeigt, daß die Griechen Fremde als Feinde betrachten.

Frankfurt a. M., 13. April. (S. P.) Aus Mailand wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Eine Untersuchung des Bautechnikers bei den drei großen italienischen Eisenbahn-Gesellschaften ergab große Unregelmäßigkeiten, durch welche der Staat um mehrere Millionen Antheil am Reingewinn der Bahnen benachtheiligt worden ist. Der „Sole“ fordert die Verhaftung der Schuldigen.

Frankfurt a. M., 13. April. (S. P.) Ein Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus London meldet, daß in Petersburg im Hause eines bekannten russischen Fürsten eine Druckerpresse für verbotene Literatur entdeckt wurde. Personen beiderlei Geschlechts, darunter ein Regierungsbeamter, sind verhaftet worden. Studenten sollen an der Sache nicht betheiligt sein.

Paris, 13. April. (S. P.) Heute Vormittag wurde das Ladungsmandat gegen Raquet in ein Haftmandat umgewandelt.

Rom, 13. April. (S. P.) Die Deputirtenkammer verhandelte heute über die Adresse, welche nach Ablehnung einiger von der äußersten Linken gestellten Änderungsanträge angenommen wurde. Ferner beschloß die Kammer, morgen noch eine Sitzung abzuhalten und sich dann bis zum 5. Mai zu vertagen.

Athen, 13. April. (S. P.) Die Unterhandlungen des russischen Konsuls in Athen mit den Insurgenten wegen Annahme der Nordamerika verständigen die Admirale, daß sie die Blockade Areta's nicht anerkennen.

Porto, 13. April. (S. P.) Heute Vormittag fand bei Ermesgunde auf der Strecke der Minho-Douro-Eisenbahn ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einer Rangirmaschine statt. Etwa 30 Personen wurden verletzt.

Die Tuberkulosefrage und die Volksheilstätten.

Man schreibt uns aus ärztlichen Kreisen: Mit der Versammlung, welche das vorstehende Thema vor kurzem in Berlin diskutirte, ist der erste ernsthafte Schritt zu einer Agitation gethan, um die Behandlung der Schwindsucht in neue Bahnen zu leiten.

Die Aufgabe, welche man sich gestellt hat, besteht also darin, durch Verpflanzung der Patienten in günstige, äußere Lebensumstände, die sogenannte hygienisch-diätetische Behandlung, die im Anfangsstadium der Tuberkulose befindlichen Krankenmitglieder, deren Zahl bei den deutschen Krankenkassen auf ca. 50 000 geschätzt wird, gleich im ersten Beginn des Leidens zu heilen und dafür Sorge zu tragen, daß die Kranken nach Wiederaufnahme der Berufstätigkeit nicht wiederleihen.

Das eine ist nun leider so unzulänglich, wie das andere. In drei Monaten führt man keine Schwindsucht, und Beschäftigungsarten, die dem Betroffenen bei leichter und gesunder Arbeit soviel einbringen, daß er davon in der Stadt so leben kann, wie es unbedingt erforderlich ist, wenn ein Rückfall verhütet werden soll, dürfte es heutzutage kaum mehr geben.

Zunächst ist unbedingt darauf zu bestehen, daß das in Aussicht genommene Heilverfahren obligatorisch bei allen denen Anwendung zu finden hat, die desselben bedürfen. Bei einer so ersten und folgenschweren Erkrankung, von deren Verlauf und Ausgang sich der Patient im Voraus gar keinen Begriff macht, auf persönliche Wünsche und Launen Rücksicht zu nehmen oder gar die viel mißbrauchte Probe von dem Eingriff in die persönliche Freiheit geltend zu machen, wäre ganz und gar verkehrt.

Sodann ist aber auch, wie bereits bemerkt, die durchschnittliche Dauer der Behandlung mit einem Vierteljahr entschieden zu kurz bemessen. So leicht ist der Kampf mit dem Würgeengel Tuberkulose denn doch nicht, daß mit einem monatlichen Landaufenthalt alles gethan wäre. Definitive Heilungen nach so kurzer Dauer finden auch in den Sanatorien, welche von der zahlungsfähigen, sich der günstigsten Lebensbedingungen erfreuenden Bevölkerung besucht werden, immer noch die Ausnahme. Ferner lehnen die bis jetzt von den Versicherungsanstalten mit Volks-Sanatorien gesammelten Erfahrungen, daß bei nur dreimonatlicher Kur schon nach Verlauf von ein bis zwei Jahren bedenkliche Rückfälle eintreten, und es steht zu erwarten, daß nach längerer Zeit deren noch mehr zu verzeichnen sein werden.

Drittens soll sich nun auch die Fürsorge auf die Angehörigen der verheirateten Kranken erstrecken. Dies ist eine unabsehbare Forderung; denn einem Schwindsüchtigen, der seine Tage in Sorgen um die Existenz seiner Angehörigen verbringen muß, fehlt die Hauptbedingung zu seiner Genesung, nämlich die ungestörte Ruhe seines inneren Menschen, die Befreiung von Kummer, Noth und Qual jeder Art. Dies ist ein zu mächtiger, psychischer Faktor bei jeder Krankheit, als daß er bei der schwierigen Tuberkulosebehandlung entbehrt werden könnte. Das trifft auch zu für die sehr wichtige Frage, die sämtliche Patienten angeht, nämlich, was bei dem heutigen Massenangebot von Arbeitskräften aus ihnen werden soll, wenn sie der Erwerbstätigkeit zurückgegeben werden können. Die Stelle, die sie inne hätten, ist ja längst besetzt, und in den Beruf, der sie krank gemacht hat, sollen sie ja überhaupt nicht mehr hinein. Der beunruhigende Gedanke, ob es nach dem Verlassen des Sanatoriums auch gelingen werde, passende Arbeit zu finden, und ob der Körper auch den Anstrengungen im Kampf ums Dasein gewachsen sein werde, greift ebenfalls in den Heilverlauf störend ein, und es wäre sehr viel gewonnen, wenn man dem Pflegegen die Sorge um sein ferneres Fortkommen und um sein Gesundbleiben abnehmen könnte.

Bis jetzt ist nun bei allen Plänen der Umstand außer Rechnung geblieben, daß die für das Heilverfahren in Aussicht genommene Kategorie von Patienten in gewissen, wenn auch mäßigen Grenzen arbeitsfähig ist, und zwar arbeitsfähig in um so höherem Grade, je weiter die Kur voranschreitet. Dieser Faktor könnte nun in der Weise nutzbar gemacht werden, daß die Pflegegenge, um die so dringend wünschenswerthe Verlängerung des Kur-aufenthalts zu ermöglichen, durch eigene Arbeit dazu beitragen, die sonst unerschwinglichen Kosten des Heilverfahrens auszubringen. Dieser Gedanke liegt um so näher, und seine Ausführung erscheint auch im Interesse der Pflegegen um so mehr gerathen, als bekanntermaßen in den heutigen, von der besser situirten Bevölkerung besuchten Lungenheilstätten die Langeweile der schlimmsten Gast ist, die bei den nicht an Arbeit gewöhnten Insassen auch nicht durch Arbeit gemindert werden kann; da müssen denn Spiel, Sport und andere, zum Theil sogar kostspielige Unterhaltungen der verschiedensten Art dafür eintreten. Im vorliegenden Falle aber handelt es sich doch um Berufsarbeiter, in denen mit der Beförderung des Bestehens auch der Arbeitstrieb wieder erwacht, die, wie jeder leidlich gesunde Mensch, sich ohne Arbeit überhaupt nicht wohl fühlen, und denen ein schlechter Dienst erwiesen würde, wenn man sie durch den Aufenthalt in der Anstalt der Arbeit entwürde. Es läme somit bei den in Aussicht genommenen Volks-Sanatorien darauf an, in Verbindung mit denselben diejenige Arbeitsgelegenheit selbständig zu beschaffen, für welche man einen besonderen Nachweis in den Städten zu errichten bereits in Anregung gebracht hat. Wenn dann später die Arbeit doch wieder in der Stadt aufgenommen werden soll, so wäre hiermit wenigstens eine geeignete Uebergangsstation geschaffen.

Um es kurz zu sagen: dieser Vorschlag zielt auf die Errichtung von Volks-Sanatorien in Verbindung mit ländlichen Arbeitertolonien größten Stils. In nicht zu großer Nähe der Städte, in gesunder, malreicher Umgebung, wo Grund und Boden anbaufähig und billig ist, errichte man Heilstätten für tausend oder mehrere tausend Insassen, pachte oder erwerbe ein größeres Terrain und lasse es durch die Pflegegen bewirtschaften. Gemüsebau, Blumen- und Samenzucht, Obstkultur, Geflügelzucht, Konservenfabrikation u. dergleichen, bieten allein für die Produktion von Lebensmitteln für eigenen Bedarf, sondern auch für den Verkauf. Die Arbeit selbst wäre so zu organisiren, daß die Kolonisten je nach ihrer Konstitution und der Dauer ihres Aufenthalts, der sich obligatorisch über ein Jahr, und fakultativ über beliebige lange Zeit erstrecken könnte, dazu herangezogen würden; dieselbe wäre etwa so zu bemessen, daß zu ihrer Bewältigung eine doppelt oder dreifach geringere Anzahl völlig gesunder Arbeiter genügen würde, als Pflegegen vorhanden sind, so daß also jeder dieser letzteren nur 4-5 Stunden täglich eventuell in 2 oder 3 Schichten, also mit reichlichen Ruhepausen, zu arbeiten bräuchte. Für die wirklich anstrengenden und nicht zu umgehenden Arbeiten würden gesunde Arbeiter bzw. völlig gesunde Pflegegen einzustellen sein. Zur Winterzeit könnte man eventuell noch eine leichte, hausindustrielle Thätigkeit einstellen lassen.

Das diese Volks-Heil- und Arbeitsstätten mit ihrem Grund und Boden und mit allem ihrer Bevölkerung von allen öffentlichen Abgaben frei bleiben und durch günstige Abgabebedingungen (Frachtermäßigung u. s. w.) in den Stand gesetzt werden müßten, ihre Erzeugnisse vortheilhaft zu verwerthen, versteht sich von selbst. Wenn im übrigen bei diesen Unternehmungen in wirtschaftlicher Hinsicht unmittelbar auch nur das Resultat erzielt würde, daß die Pflegegen ihren eigenen Unterhalt verdienen — und dies dürfte allerdings im Bereich der Möglichkeit liegen —, dann hätten sie eine weit zuverlässigere Unterlage, als sie ihnen jetzt bei dem Mangel an Mitteln gegeben werden kann, und außerdem wäre damit den Pflegegen unvergleichlich besser gedient, insofern als sie bei leichter Beschäftigung sorgenfrei auf dem Lande leben und sich soweit kräftigen könnten, als es nur immer zu wünschen wäre. Mancher würde dann vielleicht überhaupt nicht mehr nach der Stadt und ihrer die Gesundheit ruinirenden Industrie, ihrem Wohnungselend und den sonstigen Schattenseiten des städtischen Proletariatsdaseins zurückverlangen und sein Leben lieber auf dem Lande verbringen und beschließen.

Auf diese Weise würde zunächst eine weitgehende Entlastung der Krankenkassen eintreten, in welche ja die Schwindsüchtigen, der Natur ihres Leidens und des dafür angemessenen Heilverfahrens entsprechend, überhaupt nicht hineingehören. Die Minderausgabe, die bei den einzelnen Posten eintreten würde, dürfte sich auf durchschnittlich 20 bis 25 pCt. beziffern; dieser würde eine Mindereinnahme von 5-10 pCt. gegenüberstehen, so daß ca. 15 pCt. für die Unterstüzung der Angehörigen der verheirateten Patienten verfügbar bliebe, ein Betrag, der mehr als ausreichend sein würde. Den Versicherungsanstalten bliebe dann die Aufgabe, das Kapital zum Ankauf bzw. zur Pachtung von Grund und Boden, zur Errichtung von Gebäulichkeiten und, soweit erforderlich, auch zum Betriebe zu beschaffen.

Eine solche, im größten Maßstabe durchgeführte hygienische Reform, durch welche viele tausende von Industrie- und Arbeiterfamilien, die jetzt nach jahrelangem, qualvollen Siechthum in der Stadt ein frühes Ende finden, dem Leben und einem erträglichen Dasein erhalten werden könnten, verlohnte sich wenigstens der Kosten und der Mühe. Will man die Heilathomben retten, die jahrein, jahraus auf dem Altar unserer unvergleichlichen Gesellschafts-„Ordnung“ geopfert werden, den Ozean von Leid und Jammer ansichöpfen, der die Arbeiterwelt zu überfluthen droht, dann ist mit schwächlichen Anläufen und halben Maßregeln nichts gethan; es gilt, ganze Arbeit zu machen. Von diesem Gesichtspunkt aus möge die vorstehende Anregung gewürdigt werden.

lokales.

Achtung, 5. Wahlkreis! Die Genossen des 5. Kreises unternehmen am Charfreitag einen Ausflug nach Hermsdorf und Stolpe. Abfahrt um 8,55 vom Nordbahnhof nach Hermsdorf. Treffpunkt für Nachzügler im Restaurant Bergemann in Stolpe (15 Minuten vom Bahnhof). Um rege Theilnahme ersucht Der Vorstand.

Zur Lokalliste erhalten wir noch folgende Meldungen. In Zegel stehen der Arbeiterschaft außer den in der Liste genannten Lokalen noch drei weitere zur Verfügung, nämlich: Viehholz-Schloßstraße, Culina, Egelstraße, und Walthers, Spandauerstraße. — Gleichfalls sind in Spandau außer den genannten Lokalen noch folgende zu Arbeiterversammlungen zu haben: D. Hallecker, Frobenstr. 12, Neumann, Lutherstr. 14, H. Duffsch, Bismarckstr. 6, Wwe. Solz, Pichelsdorferstr. 108, K. Klingisch, Pichelsdorferstr. 108, G. Feuerherd, Scharfe Pante 1, Wilhelmstr. 8, Kustwiesen a. d. Oberhavel.

Das Lokal Schloß Weisenhof, früher Sterneder, ist gleichfalls frei, nachdem die neuen Pächter sich bereit erklärt haben, ihre Räumlichkeiten der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Eine Lehrmittel-Ausstellung ist von dem Deutschen Schulmuseum vom 11.-15. April in einer Klasse der 49. Gemeindeschule in der Blumenstr. 83a veranstaltet worden, zu der der Zutritt in den Tagesstunden von 10-1 Uhr jedermann freisteht. Die Ausstellung bezieht sich auf Lehrmittel für den geschichtlichen und geographischen Unterricht; die ersteren sind dem därtigen Geschichtsunterricht unserer Schulen angemessen auch entsprechend därtig ausgefallen. Neben einigen guten kulturhistorischen Bildern, die J. B. von dem Leben der alten Germanen ein anschauliches Bild zu geben im Stande sind, finden wir eine Ummenge von Regenten- und Schlachtenbildern, sowie einige Bilderbücher für patriotische Kinderstunden, wie „Der alte Fritz in 50 Bildern“, „Die Königin Luise in 50 Bildern“ u. s. w.

Etwas besser sind die für den geographischen Unterricht ausgestellten Lehrmittel, die in geographischen Charakterbildern, sowie den verschiedensten Karten und Atlanten bestehen. Sehr auffallend ist jedoch, daß in dieser Abtheilung alle plastischen Lehrmittel für den Unterricht in der mathematischen Geographie, wie Tellurien, durchaus fehlen. Sollte der Grund etwa der sein, daß es in den Berliner Gemeindeschulen solche Lehrmittel nicht giebt? Und sind mehrere Gemeindeschulen bekannt, in denen die Lehrkräfte dafür dankbar sind, wenn ihnen auf privatem Wege die Möglichkeit zur Benutzung dieser Lehrmittel geschaffen wird, durch die der Unterricht in höchstem Maße anregend und fruchtbar wird. Auf einer Lehrmittel-Ausstellung für den geographischen Unterricht hätten sie unbedingt Platz finden müssen.

Zu erwähnen sind noch zwei Gegenstände, die aus dem Rahmen der Ausstellung herausfallen, da sie dem Les- und Rechenunterricht dienen, eine mit Rechenmaschine verbundene Lesemaschine von Herrn Lüdeman in Bernau, die sich durch den geringen Preis (27 M.) auszeichnet, und eine andere, dem gleichen Zweck dienende Maschine für 50 M., die von dem Lehrer Gerlich aus Groß-Lichterfelde konstruirt und angefertigt ist. Der Erfinder wird diesen, wie es scheint, sehr praktischen Apparat heute durch einen kleinen Vortrag näher erläutern. Außerdem findet heute um 11 Uhr noch ein Vortrag über Bildwerke für den geographischen Unterricht statt, den Herr Rektor Wacke halten wird. Ein Entree wird für diese Vorträge nicht erhoben.

Die Berliner Bäckermeister bestreben sich mit heißem Eifer, sich mit ihren Gesellen auf einen guten Fuß zu stellen und dieselben von ihrer wohlwollenden Freundschaft zu überzeugen. Um diesen Zweck zu fördern, haben sie sich einen neuen Tric erdonnen,

der darin besteht, gemeinsame Versammlungen mit den Gesellen abzuhalten, um sich über gewerbliche Fragen und Mißstände zu unterhalten und gegenseitig das bedrückte Herz auszusprechen. Mehrere Bezirksvereine der Meister haben bereits derartige Versammlungen abgehalten. Auch im Verein „Nordwest“ wurde eine derartige Versammlung angeregt. Wie es scheint, sind die Herren Bäckermeister dieses Bezirks noch nicht ganz so verrannt wie ihre sonstigen Herren Kollegen, denn hier wurde die gegebene Anregung mit großer Entschiedenheit abgelehnt und zwar aus ganz plausiblen Gründen. Zunächst wurde die ganze Komödie für völlig zwecklos erklärt, da die Gesellen sich in einer Zwangslage befänden. Sprächen sie offener ihre Meinung aus, so seien sie gar nicht sicher, am nächsten Tage aus der Arbeit entlassen zu werden. Und das ist gewiß zutreffend. Aber noch ein anderer Gesichtspunkt wurde für die Ablehnung einer gemeinsamen Versammlung geltend gemacht, der nicht minder interessant ist wie der erste. Es wurde nämlich ins Feld geführt, daß auch die Meister in einer solchen Versammlung zurückhalten müßten. Kein Meister wisse, wenn er rede, wie ihm ums Herz sei, ob er nicht am nächsten Tage in den „Vorwärts“ und dann in die Gesellenzeitung komme. Diese Furcht vor der Oeffentlichkeit ist jedenfalls bezeichnend.

Ein hiesiger Einwohner beabsichtigt in hiesiger Stadt eine Anzahl von Zeitungs-Automaten aufzustellen, wozu derselbe die Genehmigung der städtischen Behörden nachgesucht hat. — Der Pächter der Urania-Säulen beabsichtigt ebenfalls in letzteren dergleichen einzurichten. Probeweise ist eine der Säulen vor dem Rathhause in der Königstraße mit einem solchen Automaten versehen worden.

Bismarckpresse und Willkürdenkmal. In dem hiesigen Bismarck-Organ sieht zu lesen: Der Berliner Wit hat sich wie seiner Zeit des Schloßbrunnens so auch des Nationaldenkmals bemächtigt. Dieß es vom „Förderbecken“, daß Begas das größte Meisterstück zu Stande gebracht, weil er vier Weiber zusammengefaßt, die beständig den Rand halten“, so lautet die Anerkennung für das Denkmal weniger schmeichelhaft: es ist einfach „Willen in de Löwenruhe“ getauft worden. Bezüglich des einen Löwen wird behauptet: „er mache ein Gesicht, als ob er Bitterwasser getrunken hätte. Ueber den „leitenden“ Genius wird bemerkt: „Genius muß ja sind, aber er is nich ähnlich“.

Die Verordnung der Polizeibehörde, daß Konzerte in der Charwoche gänzlich zu unterbleiben haben, ist, wie berichtet wird, nur von wenigen Unternehmern respektirt worden. Die meisten Besitzer von Konzertsälen haben sowohl am Palmsonntag als auch am gestrigen Montag spielen und Spezialitäten aufzutreten lassen. Dieselben wollen, da ihnen durch die Einstellung der Konzerte für eine ganze Woche ein unberechenbarer Schaden erwächst, es auf eine Bestrafung ankommen lassen, um eventuell durch Erkenntniß des Obergerichts Verwaltungsgerichtes festzustellen, ob die Polizei überhaupt berechtigt ist, ein derartiges Gebot zu erlassen.

Bekanntlich haben im vorigen Winter Versuche stattgefunden, den frisch gefallenen Schnee in die Wasserläufe und auch in die Kanalisationsröhren zu werfen. Der hierüber in der am Montag unter Vorsitz des Stadttraths Marggraf stattgehabten Sitzung der Kanalisations-Verwaltung erstattete Bericht spricht sich über die erzielten Erfolge nicht günstig aus. Der Einwurf des Schnees in die Kanalisationsröhren habe eine Verabminderung der Temperatur bis auf 0 Grad und eine Abkühlung des Wassers auf 3 Grad hervorgebracht und diese geringere Wärme des Schmelzen des Schnees wesentlich beeinträchtigt, so daß derselbe theilweise als Eiskruste an die Pumpstationen herangeschwemmt wurde und Gefahr vorlag, daß durch Eindringen desselben in die Pumpen deren Bewegungsfähigkeit Schaden erleiden würde und möglicherweise der Betrieb gänzlich eingestellt werden müßte. Zudem haben die angewendeten Kosten den Betrag der für die einfache Schnee-Abfuhr gemachten Aufwendungen wesentlich übersteigen. Bei den Wasserläufen ist das Einwerfen an zu wenigen Stellen erfolgt, so daß sich der Schnee statt abzuräumen gefest und theilweise die Brückenböden erreicht hat. — Wenn man in anderen Städten mit der Benutzung der Kanalisationsröhren ein günstigeres Resultat erzielt hat, so liegt dies daran, daß das Abfluswasser dort ein wesentlich rascheres Gefälle habe, welches direkte Durchspülung mit Flußwasser noch erhöhe, sowie ein unmittelbarer Einlauf in den Strom stattfinde; während hier die Länge der Röhren nur eine langsame Bewegung des Wassers ermöglichen. Nichtsdestoweniger soll an der Hand der gemachten Erfahrungen im nächsten Winter eine Erneuerung der Versuche an beiden Stellen stattfinden.

Die königliche Bibliothek ist vom 15. bis zum 19. April, d. h. vom Gründonnerstag bis Ostermontag, nach ihrer Benutzungsordnung geschlossen.

Der „Verein gegen Verarmung und Bettel“ in Berlin hat in verschiedenen Häusern Plakate folgenden Inhalts anbringen lassen: „Gochkaplern, Bettlern, Hausirern u. s. w., überhaupt jedem Unberufenen ist das Betreten dieses Hauses bei Vermeidung sofortiger Verhaftung untersagt.“ Es charakterisirt den moralischen Gehalt der Sorte Christenthum, die sich im Verein gegen Bettel breit macht, daß hungrende Leute, die um ein Stück Brot bitten, und arme Mausefallen-Jungen mit Verbrechern in einen Topf geworfen werden. Freilich, nach modern-kapitalistischer Anschauung ist die Armuth ja auch ein Verbrechen!

Landauer und Spohr wurden, sofort nachdem sie das Moabit Kriminalgerichts-Gebäude, wo sie Zeugenschaft in Sachen Roschemann's abgelegt hatten, verhaftet.

Ein neues Leuchtmaterial. Ueber das Benzol und seine Bedeutung als Leuchtstoff sprach Dr. Kramer in der letzten Sitzung des Berliner Vereins zur Beförderung des Gewerbestandes. Der Bedarf an Benzol, einem Produkt vieler Prozesse Acetylen's, wird von Deutschland zumeist aus England bezogen, in Folge der erheblich ausgebeuteten Kohlendestillation in Deutschland wird man aber bald im Stande sein, nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern auch einen erheblichen Ueberschuß zu haben, der weder von der Zehrfarbenindustrie noch für die Karburirung des Leuchtgases aufgebraucht wird; diese Thatfache veranlaßte den Redner, besonders den Leuchtwerth des Benzols festzustellen und zwar in Verbindung mit Spiritus, mit dem es sich in allen Verhältnissen mischen läßt im Gegenfah zu den Petrolkohlenwasserstoffen, die in Spiritus nur sehr schwer löslich sind. Der Redner hat festgestellt, daß ein fünfzehnprozentiger Zusatz von Benzol zu dem für Spiritusglühlampen verwendeten Spiritus eine Ersparniß von reichlich 25 pCt. gewährt, wenn man Spiritus und Benzol im Preise gleich setzt. Bei den Versuchen, ein solches Gemisch auf gewöhnlichen Petroleumlampen zu brennen, ergab sich, daß man mit einem Gemisch von einem Theil Benzol und zwei Theilen Spiritus, einen Leuchtstoff erhielt, der dem Petroleum an Lichtstärke gleichkam; allerdings wird davon in der Zeiteinheit anderthalbmal so viel gebraucht, um die gleiche Helligkeit wie mit Petroleum zu erzielen. Das Gemisch kann also nur in dem Fall mit dem Petroleum in Wettbewerb treten, wenn dieses, wie es zuletzt 1895 der Fall war, im Preise über Gebühr gesteigert werden sollte, oder wenn das Petroleum aus irgend welchen Gründen nicht mehr in genügender Menge vorhanden wäre. In diesem Sinne könnte das Benzol allenfalls auch mal als Kampfmittel gegen zu weitgehende Forderungen des amerikanischen Oelkriegs ausgespielt werden.

„Der Kampf um den Nordpol“ wird in der neuen Urania in der Landauerstraße heute Nachmittag 4 Uhr als Schiller-Vorstellung zu ermäßigtem Preise vorgeführt werden. Es ist zugleich die 50. Wiederholung des bekannten Vortrags, der bisher stets vollbesetzte Häuser erzielt hat. Am Sonntag und Feiertagen ist die Direktion der Urania, welche beinahe vielfach ein

gegangen wurde, nicht in der Lage, derartige öffentliche Nachmittags-Vorstellungen zu veranstalten, da diese Tage bereits seit Jahren und lange Zeit im voraus durch Sonderverkäufe für geschlossene Vereine belegt sind. — In der Urania in der Invalidenstrasse wird heute Herr Dr. Krunder seinen Projektionsvortrag „Reisebilder aus Vorderindien“ zum ersten Male halten.

Nach den Ursachen der Explosionen, die vor einiger Zeit am Spittelmarkt in den elektrischen Leitungskanälen vorliefen, ist seit dem von Sachverständigen gefordert worden. Die Ursache ist nach diesen Ermittlungen in Erdgasen zu suchen, die sich unter dem Pfaster des Spittelmarkts, der noch im vorigen Jahrhundert zum großen Theil als Begräbnisplatz gedient hat, gebildet haben. Diese Gase haben sich, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, nach Angaben von Elektrotechnikern in den Leitungskanälen rings um den Spittelmarkt herum angesammelt und sind dann durch vorgabende Ströme der elektrischen Kabel entzündet worden. Zur Verhütung neuer Explosionen, die eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich bergen, hat man nun die Kabel mit besonders schützenden Isolatoren und Umhüllungen versehen.

Eine Einkaufsgesellschaft der Berliner Uhrmacher, e. G. m. b. H. ist unter Mitwirkung des Anwalts des Allgemeinen Verbands deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Dr. Krüger, am 8. April d. J. hier begründet worden.

Ausgesehtes Kind. Von dem Dienstmädchen Marie Voigt, Werstr. 12, wurde um 8 Uhr abends in dem Thorwege des Hauses ein etwa 3 bis 4 Wochen altes lebendes Mädchen aufgefunden. Das Kind war in einen gekleideten weißen Unterrock, ein Stück Bettzeug und eine Windel mit dem Stempel „Universitäts-Frauenklinik“ eingewickelt.

Die Vornuntersuchung gegen den Defektur und Einbrecher Döhbrandt — so heißt der Gewaltmensch, nicht Debus, wie früher irrtümlich berichtet wurde, ist jetzt abgeschlossen. Döhbrandt hat, wie uns aus Mariendorf mitgeteilt, sechs von dort verübten Einbrüchen eingeräumt. Er ist gestern durch einen Sergeant und zwei Mann dem Kriegsgericht des ersten Armeekorps zu Königsberg, dem er als Fahnenflüchtiger des 83. Infanterie-Regiments unterliegt, angeführt worden. Der Verbrecher stammt aus Mariendorf und ist Bäcker.

Auf der Sanitätswache verunglückt. Seltsame Folgen hatte ein Unglücksfall, welcher sich gestern Abend gegen 6 Uhr in der Gollnowstraße ereignete. Auf dem Grundstück der Großschulischen Wälderei in der Gollnowstraße war ein Bildhauer mit dem Ausmeißeln eines in Höhe der ersten Etage befindlichen Steines beschäftigt. Der Meißel entfiel seiner Hand und stürzte in die Tiefe; ein gerade hinkommender Kollege des Bildhauers namens Paschke suchte das Instrument aufzufangen. Das scharfe Eisen fiel jedoch so unglücklich in die rechte Hand des H., daß die Handfläche durchbohrt, auch die Finger erheblich verletzt wurden. H. begab sich in Begleitung des in der Fabrik beschäftigten Lehrlings W. nach der nahe gelegenen Sanitätswache in der Werberstraße. Während hier dem H. ein Verband angelegt werden sollte, stürzte der Lehrling den Arm des Bildhauers. Der junge Mann wurde jedoch beim Abklippen der stark blutenden Wunde ohnmächtig, stürzte rücklings zu Boden, und zwar so unglücklich, daß er mit dem Kopf in das große Schaufenster der Sanitätswache fiel. Hierbei erlitt W. so erhebliche Verletzungen im Gesicht und am Hinterkopf, daß er nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt werden mußte, wohin auch H., dessen Verletzungen sich ebenfalls als erheblich erwiesen, gebracht wurde.

In der Passage überfallen worden ist, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonntag Nachmittag der „Reichsbäcker“ Schriftsteller G. Joachim Gehlsen. Um 4 1/2 Uhr kam im südlichen Theile der Passage unter den Bänden ein herkulisch gebauter Mann gekleideter Herr von rückwärts an ihn heran und schlug ihn zu Boden. Der Täter steckte an der Behrenstraße eine Droschke und entkam. Die Polizei hat ihn bisher nicht ermittelt. Herr Gehlsen glaubt, daß es sich um einen Rache-Akt eines von ihm publizistisch angegriffenen Mannes handelt. Aus welchen Gründen die Verhaftung erfolgte, ist z. Z. noch unbekannt.

Erschossen hat sich im Thiergarten ein etwa 40 Jahre alter gutgekleideter Mann, dessen Personalien bisher unbekannt geblieben sind. Man fand zwei geladene Revolver bei der Leiche.

Unglaublich erscheint im polizeibehüteten Berlin ein Vorgang, der sich den Blättern zufolge am Montag Abend in der Gleditschstraße abspielte. Dort kamen zwischen 10 und 11 Uhr in das Schauffal von Schröder auf dem Grundstück Nr. 23 fünf Männer, unter ihnen der 23 Jahre alte Zimmermann Kubold Herrling aus Schöneberg. Die Männer, die etwas angetrunken waren, stiegen mit dem Wirthe Streit an und trieben es so arg, daß Schröder sie hinauswies. Nicht lange nachher kehrten sie einzeln in die Wirthschaft zurück. Da Schröder ihnen aber die Verabreichung jeglicher Getränke verweigerte, drangen sie mit Biergläsern auf ihn ein, drängten ihn zur Gaststube hinaus über einen Flur in die Küche hinein. Schröder ergriff seinen mit Schrot geladenen Revolver und drückte, nachdem er ohne Erfolg den Angreifern zugerufen hatte, daß er von der Waffe Gebrauch machen werde, auf Herrling, der ihn am meisten bedrängte, ab und traf ihn in den linken Oberschenkel. Die Begleiter Herrlings fielen über den Wirth her und einer entriß ihm den Revolver. Nachdem sie den Wirth am Gesicht und am Kopfe abel zugeriecht hatten, trat die Bande den Rückzug an. Die übrigen Gäste hatten die Wirthschaft bereits verlassen. Einem Schuhmann, den eine Kellnerin herbeirief, gelang es noch, zwei der Begleiter Herrlings festzusetzen, während die beiden anderen unter Mithilfe des Revolvers entkommen waren. Herrling selbst mußte der Schuhmann noch in der Nacht in ein Krankenhaus bringen.

Modernes Banwesen. Einen großen Anlauf verursachte gestern um die achte Morgenstunde das „Ausdrücken“ eines Hauseigentümers in der Wredowstraße (Moabit). Der Maurermeister Prange hatte auf das von ihm erbaute Haus Wredowstr. 24, zu dem eine heftige Firma das Baugeld in Höhe von 98 000 M. hergegeben hatte, eine Hypothek von 148 000 M. aufgenommen. Infolge einer Differenz mit jener Firma räumte heute Morgen Prange alles, was nicht niert- und nagelfest war, aus dem Hause und führte unter den melancholischen Tönen einiger extra bestellter Bläser die Leute in elischen Möbelwagen ab. Da selbst die Türen und Fenster aufgehoben wurden, sind die Insassen des bereits bemohnten Hauses genungten, bei Wind und Wetter zu nächtigen. Die anarchischen Zustände, die derartige Erscheinungen ermöglichen, werden von ihren Interessenten bekannlich als göttliche Weltordnung bezeichnet. Wer sich gegen solche göttliche Weltordnung wendet, ist ein Umstürzler.

Heber einen durch ungläubliche Leichtfertigkeit herbei- geführten schweren Unfall melden hiesige Blätter: Bei der Vorführung einer neuen Erfindung, einer Fallbremse „Tutor“, ist vorgestern Nachmittag um 5 Uhr auf dem Hofe Bouisstr. 25 der Ingenieur Spor an Kratau schwer verletzt. Spor hatte schon am Sonntag seinen Apparat auf dem Hofe der Hauptfeuerwehr in der Lindenstr. 41 dem Baudirektor Giersberg und mehreren Offizieren praktisch vorgeführt. Ohne Unfall war er aus einer ziemlichen Höhe auf den Hof gesprungen. Vorgesahen Nachmittags wiederholte der junge Mann, der seine letzten Mittel für die Verwerthung angewandt hat, vor einem geladenen Publikum seine Versuche. Wiermal glückten seine Vorführungen, er sprang jedesmal aus dem zweiten Stockwerk auf den gepflasterten Hof. Die Bremse auf dem Rücken des Ingenieurs funktionierte ausgezeichnet. Dieser war durch einen Feuerwehrgürtel mit der Bremse verbunden, während durch diese eine Leine, ähnlich einer Wäscheleine, durchrollte, die oben am Fensterkreuz befestigt war. Sobald der junge Mann abstürzte, bremste der Apparat in der Luft schwebte; nach Belieben schaltete dann der junge Ingenieur die Feder aus und glitt sprunghaft auf der Erde. Beim fünften Sprung auf den gepflasterten Hof mißglückte der Sprung. Noch ehe die untenstehenden Herren sich klar machen konnten, wie es zugegangen war, das Unglück geschah. Spor lag mit gebrochenen Armen und einem Schädelbruch auf dem

Pfaster. Sofort herbeigerufenen Aerzte legten dem Bewußtlosen Verbände an, sorgten für sein Fortkommen durch einen Krankenwagen nach der Charitee und äuferten sich mißbilligend über das Fehlen jeder Vorsichtsmaßregel bei den Versuchen. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß der Apparat schon mehrere Versuche ausgehalten hatte, wodurch die Spiralfeder etwas geschwächt worden sei, und auf die geringe Widerstandsfähigkeit der Leine, die durch das viele Hindurchgleiten eine gewisse Wärme erhalten hat.

Dem Ingenieur Spor geht es heute verhältnismäßig gut. Seine Verletzungen haben sich als nicht lebensgefährlich herausgestellt.

Im Asyl in der Diefenstraße ist am Montag ein Mann plötzlich verstorben, in dem der 57 Jahre alter Arbeiter Harm aus Kolbitz vermuthet wird.

Der Vergnügungsverein Klause hält nicht am 18., sondern am 25. d. M. das Kränzchen in den gesperrten Sälen der Oddfellows-Säle ab.

Arbeiterrisiko. Bei den Abrissarbeiten am Hause Kommandantenstraße 12 ist gestern Abend um 6 Uhr ein Arbeiter mit einem Gerüste durchgebrochen und mehrere Stod tief abgestürzt. Der Verunglückte wurde in bedenklichem Zustande einem Krankenhause zugeführt.

300 Mark Belohnung. Einem Arzt aus Halle a. S. sind am 18. Februar d. J. auf der Reise nach Halle über Halberstadt, Hildesheim und Elberfeld nach Düsseldorf aus einem Reiseford folgende Schmucksachen entwendet worden: Ein Armband mit einem Saphir, Rubin und Brillanten im Werthe von 500 M. nebst zugehörigen dunklen Lederetui, zwei Ohrringe mit Brillanten 300 M. Werth, ein Lederetui, enthaltend eine längliche Broche, 2 Diamanten, 2 Perlen, 1 Saphir mit Brillanten eingefaßt, Werth 300 M., und 1 Busennadel mit 3 Opalen im Werthe von 50 M. Der Geschädigte hat eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt, die derjenige erhält, welcher über den Verbleib der abhanden gekommenen Sachen sichere Nachricht giebt. Etwaige Auskunft nimmt die hiesige Kriminalpolizei oder die Staatsanwaltschaft zu Halle a. S. entgegen.

Brandunglück. Mit schweren Brandwunden am Körper wurde vorgestern, vormittags die 93jährige Wittwe Friederike Wper, geb. Eckert, in ihrer Wohnung, Waldemarstr. 22, todt aufgefunden. Die altersschwache Frau hat vermuthlich abends das vor ihrem Bette auf einem Stuhl stehende Licht umgestoßen und dadurch das Bett in Brand gesetzt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Gestern gegen Mittag wurde das in Begleitung ihrer Mutter den Kreuzungspunkt der Koch- und Friedrichstraße überschreitende Schulmädchen Käthe Rehow von dem Pferde einer Fahrzeugschlepper-Droschke umgestoßen, so daß das Kind unter die Droschke gerieth. Auf der Unfallsaktion I in der Wilhelmstraße wurde eine Hautabschürfung am linken Arm festgestellt. Nach Angabe von Augenzeugen trifft den Droschkenlenker die Schuld, weil derselbe zwar angersenen hat, aber in demselben Trabe weitergefahren ist. — Vor dem Hause Alexanderstraße 34 wurde mittags der 14jährige Sohn des Tabakschneiders Sabunischer durch einen Milchwagen überfahren und erlitt einen Bruch des Unterkiefers. Der Knabe wurde in einem Krankenwagen in das jüdische Krankenhaus übergeführt. — Nachmittags fiel der 46jährige Kaufmann Karl Weichert vor dem Hause Gerichtsstraße 47 infolge eines Fehltritts hin und brach den linken Oberschenkel. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallsaktion VI wurde der Verletzte nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Brunnenstr. 123 gerieth abends der 64 Jahre alte Schlosser August Weinert unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt schwere Verletzungen an der Brust. Er wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Der Schankkasten des Zahnlärners Superzinski in der Invalidenstr. 105 ist in der Nacht zum Dienstag seines gesammten Inhalts beraubt worden.

Theater. Das Schiller-Theater bringt in den Feiertagen folgende Vorstellungen: Sonntag den 18. April, erster Feiertag, nachmittags 3 Uhr: „Bauerrecht“ und „Der eingebildete Kranke“, abends 8 Uhr: „Der Pörrer von Ruchfeld“; Montag den 19. April, zweiter Feiertag, nachmittags 3 Uhr: „Der Sohn der Wüdnitz“, abends 8 Uhr: „Der Millionär“; Dienstag den 20. April, dritter Feiertag, nachmittags 3 Uhr: „Des Meeres und der Liebe Wellen“, abends 8 Uhr: „Das Stimmstimm“. Der Borverkauf für diese Vorstellungen, ohne Erhebung einer Vorverkaufsgeldgebühr, findet an der Kasse des Schiller-Theaters statt. — Im Dend-Theater wird am ersten Osterfeiertag „Aus der Millionenstadt“, Volksstück von Franz Schäfer, aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Tempelhof, Mariendorf! Die zum 18. d. M. angeordnete Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet erst am Sonntag, den 25. April statt. — Gleichzeitig bitten wir die Genossen, sich am zweiten Osterfeiertag, vormittags 9 Uhr, bei Gerth in Tempelhof, zu einem gemüthlichen Beisammensein, recht zahlreich einzufinden. Der Vorstand.

Selbstmord vor der Hochzeit. Am Montag wurde in Spandau aus der Havel der Leichnam eines jungen Mannes gefunden, der als der Brauer Reinhard Rablert, Perlebergerstr. 26 in Berlin, verunglückt worden ist. Durch Papiere, die bei ihm vorgefunden wurden, befandest R., daß er freiwillig in den Tod gegangen sei. Verzweiflung habe ihn dazu getrieben; man möge seine liebe Braut und seine Eltern und Geschwister grüßen; mit der Schande könne er nicht länger leben, sein Leichnam müsse bestrast werden. Aus den Papieren geht weiter hervor, daß der Selbstmörder am 11. d. M. Hochzeit machen wollte; kurz vorher hatte er sich ertränkt. Er stammt aus Oberkranken; Uhr und Geld wurden bei der Leiche vorgefunden.

Vier Knaben zwischen zwölf und vierzehn Jahren, welche gemeinschaftlich Einbruchsdiebstähle verübten, sind in den letzten Tagen in Rixdorf festgenommen worden.

Gerichts-Beitrag.

Zum Musikreferenten Kratschl. Der Musikreferent Tappert hat durch Rechtsanwalt Löffling bei der Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen Dr. Alfred Kerr wegen Beleidigung beantragt. Andererseits hat der letztgenannte bei derselben Behörde die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen W. Tappert durch den Rechtsanwalt Paul Jonas beantragt und zwar wegen verlesender Beleidigung.

Die Zulässigkeit kommunaler Nachbesteuerung war der Streitpunkt in einem Prozeß, in den der Magistrat von Breslau verwickelt worden war. Bei der Regulierung der Erbschaft eines Rechnungsrathes Schumann hatte sich herausgestellt, daß der Herr Rath in den Jahren 1892 bis 1895 im Verhältniß zu seinem Einkommen zu wenig Steuern bezahlt hatte. Sein Universalerbe, der Regierungs- und Schulrath Schumann in Frankfurt an der Oder, wurde deshalb vom Staate zu einer sogenannten Nachsteuer in der fraglichen Höhe herangezogen. Der Breslauer Magistrat, der natürlich infolge der zu geringen staatlichen Veranlagung in den gedachten Jahren auch zu kurz gekommen war, wollte sich nun die Verichtigung der staatlichen Heranziehung gleichfalls zu thun machen und verlangte von dem Universalerben, daß er 961,40 M. Kommunalabgaben, die der Stadt Breslau von 1892 bis 1895 entgangen seien, von dem ererbten Vermögen herausbrücke. Der Herr Regierungsrath ließ es indeffen auf eine Klage ankommen, die er denn auch in allen Instanzen gewann. Entgegen der vom beklagten Magistrat vertretenen Ansicht entschied das Ober-Verwaltungsgericht gestern, daß das staatliche Recht der Nachbesteuerung den Kommunen nicht zustehe. Das Gericht verwies auf die §§ 84 und 85 des Kommunalabgaben-Gesetzes.

Reichsanwalt gegen Staatsanwalt. Der Handlungsgehilfe Johannes H. war vom Landgericht Osnabrück von der Anklage wegen Vergehens gegen das Alter- und Invaliditätsversicherungsgesetz freigesprochen worden. Er hatte auf der Anklagekarte eigenmächtig seinen Namen ausradirt und Änderungen daran vorgenommen, die eine vermeintliche Unrichtigkeit beseitigen sollten.

Begen das freisprechende Urtheil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Vor dem Reichsgericht beantragte der Reichsanwalt Zurückweisung derselben. Bei der Geringsfügigkeit der Sache, so führte der Reichsanwalt aus, würde er es lieber gesehen haben, wenn die Staatsanwaltschaft von der Einlegung der Revision abgesehen hätte. — Das Reichsgericht verwarf sodann die Revision.

Die beenträchtigten Gefühle als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie. Die berühmte hannoversche Sabbathordnung vom 25. Januar 1892 muß jetzt wieder gegen das sozialdemokratische Gift gehalten. Schon wieder einmal hatte sich der Strafanwalt des Kammergerichts mit einer Strafsache gegen fünf Sozialdemokraten, Bringmann und Genossen, zu beschäftigen, in der die Sabbathordnung die ausschlaggebende Rolle spielte. An einem Sonntage des vorigen Jahres begaben sich die Angeklagten von Nienburg aus auf verschiedene Dörfer und vertheilten dort eine sozialdemokratische Druckschrift. Während des Gottesdienstes unterließen sie diese Thätigkeit und bei der Vertheilung selbst verhielten sie sich „höchst anständig“, wie die Behörde ausdrücklich anerkannte. Trotzdem wurde Anklage wegen Vergehens gegen die Sabbathordnung erhoben, und zwar stützte man dieselbe auf den Artikel IV der Verordnung, worin gesagt wird: „Alles und jedes ist verboten, was einer würdigen Sonn- und Festtags-, auch Buß- und Bettagsfeier zuwider ist, besetze es, worin es wolle.“ Das Kammergericht hatte sich mit der Sache zu beschäftigen, hob die freisprechenden Erkenntnisse der ersten Instanzen auf und verwies den Fall an das Landgericht in Hannover. Nunmehr wurden die Angeklagten zu je 6 M. verurtheilt. Die Strafkammer meinte, die hannoversche bäuerliche Bevölkerung und ganz besonders die um Nienburg, seien in ihrer Mehrheit den Bestrebungen der Sozialdemokratie feindlich gesinnt. Die Leute würden deshalb in ihren religiösen Gefühlen verletzt, wenn ihnen Sonntags sozialdemokratische Schriften angeboten würden. Auch hätten einige von ihnen belundet, daß ihre Gefühle dadurch beeinträchtigt worden wären. — Im übrigen hätten die Empfänger sofort an den Ueberschriften der einzelnen Artikel erkennen können, daß es sich um eine sozialdemokratische Druckschrift handle. — Die Revision der Angeklagten wurde vom Strafanwalt des Kammergerichts verworfen. Maßgebend sei hier die tatsächliche Feststellung der Strafkammer, daß sich unter den Empfängern der Druckschrift Leute befänden, die in ihrer Sonntagsandacht geföhrt werden konnten und auch geföhrt worden seien. Das sei unabweislich einer würdigen Sonntagsfeier zuwider. Und es wird trotzdem unter dem Landvolke Licht werden!

Für Kolportage ist eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes wichtig, die der 3. Senat am 12. April fällt, dem Kolporteur Kaminsky in Königsberg wurde der Erlaubnißschein zum Vertrieb verschiedener Kalender vom Bezirksauschuss verweigert und die Klage auf die Freigabe der Schriften blieb ohne Erfolg. Der Vertreter des öffentlichen Interesses und das Bezirksgericht nahmen an mehreren Anzeigen Anstoß, die auf den Umschlägen der Kalender enthalten sind. Es werden da zum Beispiel angezweifelt das 6., 7., 8. und 9. Buch Moses, Delamerone von Vaccaccio, Physiologie der Liebe von Montegazza und zwei Schriften, die sich auf die Verhinderung der Konzeption beziehen. Der Bezirksauschuss führte aus, diese Bücher könnten zum Kolportagevertrieb nicht zugelassen werden, weil sie geeignet seien, in sittlicher Beziehung Mergerniß zu erregen. (§ 56 der Gewerbe-Ordnung.) Demzufolge seien aber auch Schriften vom Kolportagevertrieb auszuschließen, in denen derartige Bücher angezeigt würden, denn ihre Anpreisung sei gleichfalls argersührend. Das Ober-Verwaltungsgericht gab wohl der Revision des Klägers wegen eines Rechtsirrhums statt, entschied aber bei freier Beurtheilung ebenfalls zu ungunsten des Kaminsky. Die Auslegung des § 56 der Gewerbe-Ordnung, zu der der Bezirksauschuss gekommen sei, könne nicht gebilligt werden. Nur der Vertrieb solcher Druckschriften, die selbst nach ihrem Inhalte Mergerniß zu erregen geeignet sind, unterläge den Beschränkungen des § 56. Im Gegensatz zum Berrichter nehme das Ober-Verwaltungsgericht an, daß nicht jede Anpreisung eines anföhigen Buches Mergerniß erzeuge. Es komme immer auf den Titel der Schrift oder die Art der Anpreisung an. In sittlicher Beziehung anföhig seien im vorliegenden Falle nur die Anzeigen der beiden Schriften, die die Verhinderung der Konzeption betreffen. Aus den Titeln dieser Bücher sei schon auf ihren Inhalt zu schließen. Sämtliche Kalender, die hier in Frage kommen, enthielten nun auf ihren Umschlägen Anpreisungen der erwähnten beiden Schriften. Sie seien deshalb vom Kolportagevertrieb auszuschließen, da zum Inhalte eines Buches auch die Annoncen auf seinen Umschlägen gehörten.

Veranstaltungen.

Die Puhner beschloßen in einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Zur Provinzial-Konferenz der Maurer wurden als Delegirte Dietrich und Vogel gemöhlt. Hieraus berichtete Dietrich namens der Lohnkommission über die gegenwärtige Lage. Er bezeichnete dieselbe als nicht so günstig, wie sie vor einem Jahre gewesen ist. Trotzdem sei die Zahl der an der Bewegung der Puhner beteiligten Kollegen jetzt auf 1215 gestiegen, von denen über 1000 zu den regelmöhigen Zahlern gehören. Auf 18 Bauten, wo die Arbeiten von Puhneisern übernommen sind, arbeiten 165 Kollegen, die für die Bewegung nicht zu haben seien. Die Kommission habe 198 gemeldete Bauten zu verzeichnen, wovon zur Zeit schon einige fertig, etwa 100 noch in Arbeit seien. Der Redner besprach die Verhältnisse bei einzelnen Puhneisern. Knndt in Weihensee habe den Puhern 18 Pf. pro Quadratmeter geboten und erst infolge des Eingreifens der Kommission 19 Pf. bewilligt. Runge in Moabit habe die Arbeiter erst vierzehn Tage mit dem Lohn hingehalten, und dieselben auch dann noch nicht genügend befriedigt. Der Redner rügte es ferner, daß ein Theil der Kollegen die neunstündige Arbeitszeit nicht innehalte, und dadurch die Interessen der Allgemeinheit schädige. Soweit die Kontrolle reiche, werde im allgemeinen nicht unter dem Tarif gearbeitet. Nur bei den Puhneisern, wo die Kommission keinen Einfluß habe, könne dies der Fall sein. Um allen Mißständen auf die Spur zu kommen, müsse eine strenge Kontrolle der Bauten durchgeführt werden. Grothmann bezeichnete die gegenwärtige Arbeitslage als eine sehr geringe, wozu er sich erklärte, daß manche Kollegen sich veranlaßt fänden, auch unter dem Tarif Arbeit anzunehmen. Im Hinblick auf diese Verhältnisse plädierte auch ein Redner für Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Dähne empfahl, daß jeder Fall von Ueberschreitung des Neunstundentages der Kommission gemeldet werde, damit dieselbe gegen solches Ueberschreiten einschreiten könne. Ferner wies er darauf hin, daß das Eintreten aller Kollegen für die Bestreben der Organisation den Arbeiterinteressen weit mehr nütze, als eine Unterstützung der Arbeitslosen. In seinem Schlusswort trat Dietrich dem Vorwurfe entgegen, daß die Kommission die Verhältnisse der Fassadenpuhner nicht hinreichend kontrollirt habe. Er betonte, daß die Kommission zunächst ein Bild über die Lage der Innepuhner geben wolle. Die Verhältnisse der Fassadenpuhner sollten deshalb nicht außer acht gelassen und in der nächsten Versammlung klar gelegt werden.

Die Droschkenfahrer waren am Montag sehr zahlreich in der Norddeutschen Brauerei versammelt. Reichstags-Abgeordneter H. o. Schmidt führte in seinem beifällig aufgenommenen Vortrage aus, daß die Droschkenfahrer, welche bisher nur die strafende Hand der Polizeibehörde kennen gelernt haben, einigermöhgen verwundert gewesen wären, als ihnen die Verordnung vom 1. April bekannt wurde und sich gefragt hätten, ob dieselbe bestimmt sei, den Rutschern die Sonntagsruhe zu gewähren. Die Polizei habe ja — allerdings etwas spät — gethan, was sie auf grund der Gewerbe-Ordnung hinsichtlich der Sonntagsruhe im Fuhrgewerbe thun könne, denn gemöhlich die Bestimmungen, welche den Droschkenfahrern eine regelmöhige Arbeitsruhe sichern, gebe es nicht. Es sei nun nicht anzunehmen, daß die Fuhrunternehmer von den Befugnissen der neuen Polizeiverordnung Gebrauch machen und den Rutschern die Sonntagsruhe

Gewahren. Um letzteres zu erreichen, müßte auch für die Angestellten in Bekleidungsgeräten gefällig festgelegt werden, daß ihnen jede Woche ein Huttag, wovon der dritte ein Sonntag sein muß, zu gewährt ist. Der Redner ging dann auf die höchst ungünstigen Arbeitsverhältnisse der Droschkentreiber ein und führte zur Illustration derselben die Aufzeichnungen eines Kutschers an, wovon hervorgeht, daß dieser in den Jahren 1890-95 während des ganzen Jahres nur 3-5, im höchsten Falle 6-8 freie Tage und eine tägliche Arbeitszeit von 14 1/2 bis 15 1/2 Stunden hatte. Es gebe wohl keinen Beruf, wo die Verhältnisse noch ungünstiger liegen, wie im Droschkenbetriebe. Die lange Arbeitszeit werde hier begünstigt einerseits durch die polizeilichen Bestimmungen über die Fahrzeit, andererseits durch den überaus geringen Verdienst der Droschkentreiber. Letztere hätten sich ihrer Organisation anzuschließen, um mit deren Hilfe für Verbesserung ihrer Lage und Einführung entsprechender gesetzlicher Bestimmungen zu wirken. Mehrere Diskussionsredner äußerten sich in ähnlichem Sinne. Sie betonten, daß es bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen sehr gut möglich sei, des Sonntags die Hälfte aller Droschken außer Betrieb zu setzen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

In Erwägung: daß es heute den Droschkentreibern nicht möglich ist, auf Grund gesetzlicher Bestimmungen einen regelmäßig wiederkehrenden Ruhetag von ihren Arbeitgebern zu fordern; daß infolge der veränderten Verkehrsverhältnisse die Droschke gegenwärtig an den Sonntagen nicht mehr ein Bedarfs-, sondern ein Luxusartikel ist und thätlich auch nur eine ganz geringe Nachfrage nach Droschken herrscht; ist die Versammlung der Meinung, daß ein Teil der im Betrieb stehenden Wagen an den Sonntagen außer Dienst gesetzt werden und den Führern derselben ein freier Tag gewährt werden kann. Die Versammlung fordert demzufolge eine gesetzlich zu regelnde Beschränkung der Sonntagsarbeit im Droschkenbetriebe, analog den Bestimmungen des § 105a der Gewerbe-Ordnung. Die Versammlung sieht ferner in der durch das königl. Polizeipräsidium mit Bezug auf die Sonntagsruhe erlassenen Bekanntmachung der Droschkenhandlungsliste für das Sommerhalbjahr keine sichere Gewähr für die Durchführung der Sonntagsruhe; sie verpflichtet daher sämtliche Kollegen, für die Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe im Droschkenbetriebe thätig einzutreten.

Eine Kommission, in welche Knüttler, Franz und Heuer gewählt wurden, erhielt den Auftrag, für die Durchführung der in der Resolution aufgestellten Forderungen die geeigneten Schritte zu thun. — Hierauf beschloß die Versammlung, daß jeder Droschkentreiber, dem es möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern hat, daß aber die Arbeitenden verpflichtet sind, ein Viertel ihres Tagesverdienstes an die Agitationskasse abzuführen. Zum Schluß wurde von verschiedenen Rednern für das Gelingen der Arbeiterpresse plaidiert.

Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, wozu die Arbeiter der Firmen Vorsig und der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, sowie die Mitglieder des Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereins besonders eingeladen waren, tagte am Montag in Ahrens' Brauerei, Moabit. In seinem Referat über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Berliner Metallarbeiter wies Litkin auf den großartigen wirtschaftlichen Aufschwung in der Metallindustrie hin, der dem Unternehmertum Unsummen an Profit brachte, den Arbeitern aber keinerlei Vorteile ermöglichte. Im Gegensatz zu dem hohen Gewinn der Unternehmer, zu den steigenden Dividenden bei den Aktiengesellschaften, die durch ihre Jahresberichte eine Uebersicht von der Prosperität gestatten, wurden trotz der guten Konjunktur fortwährend Lohnreduzierungen bei den Arbeitern vorgenommen. Ein Ausgleich, um wenigstens den Verdienst wie in der ungünstigen Geschäftszeit zu erzielen, wurde nur durch Verlängerung der Arbeitszeit, Ueberstunden und intensiveres Arbeiten geschaffen. Bei der Firma Vorsig werden zum Beispiel für einen Artikel, für den früher 4 M. bezahlt wurden, jetzt

2,50 M. bezahlt. Ein Dreher verdiente bei 60stündiger Arbeitszeit 14,25 M., ein anderer erzielte bei 60stündiger Arbeitszeit einen Verdienst von 12,25 M. Im allgemeinen werden Stundenlöhne von 24, 27 und 30 Pf. bezahlt. Ein Ingenieur soll sich erboten haben, für die Schlosser, die einen Wochenlohn von 30 M. erhalten haben, solche für 15 M. zu beschaffen. Der Redner, der zum Anschluß an die Organisation aufforderte, um bessere Arbeitsbedingungen erringen zu können, weist sodann noch in treffender Weise darauf hin, daß eine Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie sie von den Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereinigern gepredigt wird, auf Grund der entgegengegesetzten Interessen unmöglich ist und nur durch ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter menschenwürdige Zustände geschaffen werden können. Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine längere Diskussion, in der Mäther die Zustände in der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft einer Kritik unterzog. In dem genannten Betriebe, wo die Arbeiter, denen verboten wurde, in Zukunft wieder einen Antrag auf die Erträge der Märzgefallenen niederzulegen, gelegentlich der Pensionierung zur Arbeitstrube, ohne Entschädigung zu erhalten, gezwungen wurden, und den Lehrlingen sogar das Koffgeld für diese Tage abgezogen worden war, sollen die Arbeitsbedingungen äußerst schlecht sein und auch die Löhne viel zu wünschen übrig lassen. Wie der Redner anführte, sind bei der Firma Vorsig, wo in Bezug auf die Organisationsverhältnisse unter den Arbeitern in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen sind, nach der letzten Versammlung einige Mißstände beseitigt worden. Es sollen Kleider- und Wäschevorrichtungen nun vorhanden sein. In der weiteren Diskussion wurde das Verhalten des Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereins (Moabit), der in gesperrten Lokalen seine Versammlungen abhält, kritisiert und angeführt, daß ein großer Teil der Mitglieder mit der Tendenz des Gewerksvereins keineswegs einverstanden sind, aber demselben noch angehört, um der erworbenen Rechte nicht verlustig zu gehen. Von allen Rednern wurde zum festen Zusammenschluß in der Organisation, zur regen Agitation und Beteiligung an den Sammlungen zum öffentlichen Fonds aufgefordert. Nachdem noch bekannt gegeben worden war, daß am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Konzerthaus Sanssouci stattfinden wird, die sich mit dem Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Aktien-Gesellschaft vormalig Schudert (Gebr. Naglo) in Treptow beschäftigen wird, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Lederarbeiter (Weiß- und Bohgerber, Färber etc.) hielten am Sonnabend eine öffentliche Versammlung ab, wo Genosse Heinrich Schulz einen beifällig aufgenommenen Vortrag: „Wider die Preigeldpädagogik“ hielt. Bezüglich der Maßreife nahm die Versammlung folgende vom Vertrauensmann Krndt vorgeschlagene Resolution an: Die Berliner Lederarbeiter sind der Ansicht, daß eine würdige Feier des 1. Mai nur durch Nebenlassen der Arbeit begangen werden kann. Die Versammlung hält deshalb daran fest, trotzdem der 1. Mai diesmal auf einen Sonntag abfällt, das Weisfest der Arbeiter durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Sollten sich dem wider Erwartung Hindernisse — Aussperrungen etc. — entgegenstellen, so ist von einer strikten Arbeitsruhe abzusehen. Die Versammlung verpflichtet sich, am Vornachmittag die Versammlung der Gewerkschaft zu besuchen und nachmittags an den Veranstaltungen der politischen Partei teilzunehmen. Hieran referierte Busse, Delegierter der Gewerkschaftskommission, über die neue Taktik derselben und machte die Versammlung mit den der Kommission vorliegenden Resolutionen bekannt. Er vertrat den Standpunkt, daß eine eingehendere Prüfung der Streiks notwendig sei. Weiswenger, Vorsitzender des Verbandes, sieht in der vorgeschlagenen Taktik der Gewerkschaftskommission eine übertriebene Reagibilität, hervorgerufen durch den ungünstigen Ausgang des Hamburger Streiks. Er meint, die Gewerkschaftskommission könne auch unter den bisher gültigen

Normen unüberlegte Streiks verhindern. Die Entscheidung über die Ausichten, den Beginn und Fortgang eines Streiks könne besser von dem betreffenden Beruf, als von der Gewerkschaftskommission getroffen werden. Auch Trapp machte einige mehr formale Ausführungen an dem Inhalt der Resolutionen. Die Debatte endete damit, daß die Gewerkschaftsdelegierten beauftragt wurden, für Beibehaltung der bisherigen Taktik der Gewerkschaftskommission und der Sitzsammlungen zu stimmen.

Die Geschäftsstelle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist montags von 6-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Geschäftsstelle der Schule N. Brunnenstr. 25, die den Vereinsverhandlungen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerband Vertus und Umwandlung. Vorsitzender: Ad. Neumann, Hohenstr. 2. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kertum, Hohenstr. 2, v. 2 Tr.

Band der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Band betreffend, sind zu richten an H. B. v. d. Linden, Bergstr. 100.

Arbeiter-Sängerband Berlins und Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Strauchweg, Drobenerstr. 20, 2. Hof, 4 Tr.

Longfellow, English Conversational- and Reading-Club, 9 o'clock at Tietzen's Restaurant, Wall-Strasse 91. Guests are welcome.

Kantorenmanufaktur der Schleswig-Holsteiner. Geöffnet abends 8 Uhr, in G. Neumann's Hof, alle Jambstr. 7; Mitglieder-Versammlung.

Freie Vereinigung der Kaufleute. Geöffnet abends 8 Uhr, Kaminbänken, Kommandantenstr. 20; Vortrag des Schriftführers Heinrich Schulz über: Preiswettbewerb, Güte, Herren und Damen willkommen.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Straßburg, Franzburg-Rügen hält jeden Sonntag nach dem 10. nicht Montag, wie es in unserm Verzeich. steht, keine Versammlung ab.

Literarisches.

„Der wahre Jakob“ hat mit Nr. 290 bereits seine Nummer gebracht: in verschiedenen Gedichten und Aufsätzen und in einem sehr hübschen Vollbild: „Arbeiterfest.“ Außerdem enthält diese äußerst reichhaltige Nummer ein meisterhaftes Porträt unseres so früh verstorbenen Onkelns Schulze-Königsberg, dessen Verdienste um die Partei in einem liebevollen Nachruf warm geschildert werden.

Briefkasten der Redaktion.

Box 100. Als Adresse genügt: Redaktion des „Sozialdemokraten“ Stockholm.

Witterungsübersicht vom 13. April 1897.

| Stationen | Barometerstand in mm. reduct auf d. Meeressp. | Windrichtung | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter | Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.) |
|------------|---|--------------|-------------------------|-----------|--|
| Swinemünde | 761 | OED | 4 | bedeckt | 9 |
| Hamburg | 761 | OED | 2 | Nebel | 8 |
| Berlin | 759 | NO | 3 | Regen | 8 |
| Miesbaden | 759 | Stil | — | wolkenlos | 9 |
| München | 759 | D | 1 | wolkenlos | 8 |
| Wien | 760 | Stil | — | Nebel | 6 |
| Saparanda | — | — | — | — | — |
| Petersburg | — | — | — | — | — |
| Coel | 751 | SO | 3 | wollig | 10 |
| Norwegen | 757 | SO | 5 | bedeckt | 6 |
| Paris | 756 | D | 1 | wollig | 9 |

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 14. April 1897. Mild und zeitweise heiter, vielfach wollig bei schwachen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 14. April.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Zootheater. Das Leben ein Traum.
Deutsches. Die verunkelte Mode.
Berliner. Das neue Gebot.
Kessing. Seine offizielle Frau.
Schiller. Das Stützungsfest.
Neues. Zwei glückliche Tage.
Vinden. Die Flebermanns.
Thalia. Heirath auf Probe.
Central. Ein adeliger Abend.
Westend. Ein angenehmer Hof.
Kessing. Seine offizielle Frau.
Ostend. Allein Geld.
Friedrich. Wilhelmstädter.
Der Weidenweber.
Volk. Hopsenrath's Erben.
Apollo. Spezialitäten.
American. Lampe-Geschichte: Ritter Bennis von Schredenstein.
Passage-Panoptikum. 32 Mädchen aus Samoa.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Stützungsfest.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Maria Stuart.

Central-Theater.
Alle Jambstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Rechte Woche!
Emil Thomas a. G.
Leopold Deutsch a. G.
Zum 69. Male:
Ein adeliger Abend.
Varietee dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern v. J. Freund und W. Rammstedt.
Musik von Julius Einddorfer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Ein adeliger Abend.
Schluß der diesjährigen Posten-Saison unabweislich Sonntag, den 18. April.

Thalia-Theater. (vormals Wolph-Gras-Theater).
Zum 6. Male:
Heirath auf Probe.
Poffe mit Gesang in 3 Akten nach G. Gerd von B. Buchbinder und Fr. Reimer. Bearbeitet von Jean Ren. Gesangsbegleitung von Gust. Bösch.
Musik von Leopold Kuhn.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Heirath auf Probe.
Sonntag und Montag (Osterfesttage) nachmittags 3 Uhr: Frau Cleutenant.

Volkstheater
34. Reichensberger-Strasse 34.
Hofbahnstation: Rothbuser Thor.
Heute zum 9. Male:
Hopsenrath's Erben.
Vollständigt mit Gesang in 5 Bildern von Heinrich Willen.
Musik von G. Michaelis.
1. Bild: Weiber-Regiment.
2. Bild: Ein Brauerball.
3. Bild: In der Aristokratie.
4. Bild: Wiedersehen in der Volkshölle.
5. Bild: Arbeit und Frieden.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci.
Kottbuser Strasse 4a.
An allen drei Osterfeiertagen
Stettiner Sänger
(Menschel, Vietro, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Abend
neues Programm!

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gluck.
Täglich Auftreten der
5 Sisters Lorrison.
Der französischen Tänzer-Troupe
Les Darto
sowie der urkomischen Clowns
Bibb und Bobb.
Ferner: 15 hervorragende
Kunstkräfte.
Zum Schluß der
Kinetograph
mit den Original-Aufnahmen der
Centenar-Feier
und dem unverwundlichen
Endlich allein!
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Vorletzte Vorstellung.
Mittwoch, 14. April 1897.
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Zum 111. Male:
Nach Sibirien.
Wiederholung d. Todes-
sagrt mit dem Hängesack.
A u ß e r d e m : 4 arab. Schirm-
hengst als Schaustelzperde u. 4 Hänges-
hengst als Thurnspringer, dreifach
und vorgeführt vom Dir. Busch.
Leopard, medlenburger Bauernpferd,
dreifach u. geritten d. Herrn Boottis-
Burgardt. Gladiateur, schwebender
Hengst, geritten von Frau Eugenie.
Spezialitäten I. Ranges. Vorzügliche
Clowns.
Morgen: Abschieds-Vorstellung.
Nach Sibirien.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 152. Dir. G. Weis.
Heute und folgende Tage: **Alte Geld.** Poffe mit Gesang in drei Akten von E. Pohl.
Anfang 8 Uhr.
Am 1. u. 2. Feiertag, nachmittags
3 Uhr, zu halben Preisen: Berlin,
wie es weint und lacht. Abends
8 Uhr. Zum 1. Male: **Aus der Millionenstadt.** Vollständig mit Gesang und Tanz von Fritz Schäfer.
Kovinit.

Vorletzte Vorstellung.
Circus Renz
Karlstrasse.
Mittwoch, den 14. April 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Aus der Mappe
eines
Niegebirgs-Phantasten.
A u ß e r d e m : 6 traieherer Fuchsbengstle,
dreifach und vorgeführt von Herrn
Fugo Herzog. Miranda, engl.
Bohndut, dreifach und vorgeführt von
Mr. Rowland. Auftreten des Fel.
Wally Renz (Tochter des Directors)
als Schultzeintra mit dem Schulfierd
Cromwell und dem Steiger Mey,
sowie des berühmten Schultzeintra
Dr. Gaberel mit dem Schulfierd
Albarac. Ein Pariser Restaurant,
neut und originale Jonglier-Szene,
ausgef. von der berühmten Künstler-
familie Agosti. Ferner die be-
liebtesten Clowns und Künstler-
Spezialitäten.
Morgen: Abschieds-Vorstellung.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Vorletzte Vorstellung.
Mittwoch, 14. April 1897.
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Zum 111. Male:
Nach Sibirien.
Wiederholung d. Todes-
sagrt mit dem Hängesack.
A u ß e r d e m : 4 arab. Schirm-
hengst als Schaustelzperde u. 4 Hänges-
hengst als Thurnspringer, dreifach
und vorgeführt vom Dir. Busch.
Leopard, medlenburger Bauernpferd,
dreifach u. geritten d. Herrn Boottis-
Burgardt. Gladiateur, schwebender
Hengst, geritten von Frau Eugenie.
Spezialitäten I. Ranges. Vorzügliche
Clowns.
Morgen: Abschieds-Vorstellung.
Nach Sibirien.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturhistorische Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte. Jambstr. 57/62
Lehrer Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Erwei-
erungen u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesaufschläge.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit!
32 Mädchen
aus
Samoa.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weisschwimmen.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Großartiges Wirt-Programm!
Neu! Grand Attraktion.
Gebr. Forré, Instrumentalist.
Neu! Bertha Lorenz,
brilliante Koffmoudbrette.
Knoße und Stengel.
Poffe in 1 Akt.
An allen 3 Osterfeiertagen: Neues
excellentes Programm.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umfassend: Billeit haben Elligkeit.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Drobenerstr. 52/53 (City-Passage).
Direktion: Richard Winkler.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Nur
Künstler ersten Ranges.
Anf. Sonntags 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Papa, unser Vater, Schwieger- und
Großvater, der **Herr Wilhelm**
Klotz, nach langen schweren Leiden
entschlafen ist. Die Beerdigung findet
am Freitag, 16. April, nachm. 2 Uhr,
vom Krankenhaus am Urban statt.
1517b **Herrn Klotz nebst Kindern.**

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten,
insbesondere der freien Beerdigung
selbständiger Barbier, Friseur und
Perrückenmacher Berlins u. Umgegend
sowie dem Vese- und Distriktsklub
Friedrich Engels I für die liebevolle
Theilnahme bei der Beerdigung meines
lieben unversehrten Vaters und
Vaters meinen herzlich innig tief-
gefühlten Dank.
1516b
Wwe. Bertha Gründel.
Ich bin von Stillerstr. 108 nach
Zaithoferstr. 95. Ede Kaufm. Platz.
verzogen.
1509L
Dr. Gustav Heymann,
prakt. Arzt.

Aug. Krause 50. Wienerstr. 13.
Blumen-Geschäft u.
Kranzbilderei. Vereins-
franze mit Widmung in better Aus-
führung zu billigen Preisen.
1 Kindern. v. Lorenz, Wustenerstr. 27.
Bernd's Würstelstube
No. 7. Molkenmarkt No. 7.
Empf. mein Vereinszimmer n. Piano.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Drobenerstr. 97.
Nord und Süd!
Niederpiel von Richard Thiele.
Hauptrollen:
Käthe Riads. — Walter Krönig.
Rudolf Schaus. — Max Röwer.
Otto Wendt.
Im vorderen Saal täglich:
Grosses
Künstler-Frei-Konzert.
Anfang: Entree:
Wochentags 8 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

**Feen-Palast, Burg-
str. 22.**
Direktion Winkler & Fröbel.
Großer Erfolg
des neuen Künstler- Personals
Zorzo.
Das amerikanische Weltwunder am
elektrischen Lustapparat.
Stimmlicher Beifall!
Ein endloser Jubel!
Schwarz's Wiegengind.
Romische Operette, unter Mitwirkung
des Direktors Wilhelm Fröbel.
Die interessantesten
lebenden Photographien
endlich auch
Endlich allein!
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.

Frül. Schloßkeller an Wonenen 3. v.
b. Georg Heele, Sebastianstr. 3. v. III L.
Frül. möbl. Schloßkeller f. Herren (Sep.)
Mudauerstr. 65, v. 3 Tr. geradweg.
Schloßkeller zu vermieten Brünge-
straße 94, vom 3 Tr. 1519b

Arbeitsmarkt.
Müftung, Holzarbeiter!
In der Werkstatt von **J. G. Ein-
holz, Kraustr. 52** (Gewerbesch.),
haben 40 Tüchler wegen Lohn-
differenzen die Arbeit niedergelegt.
Berner haben die Kollegen von
Rode, Rakanien, Allee 29/30,
die Arbeit eingeholt.
Zugung ist fernzuhalten!
Die Orts-Verwaltung
d. deutsch. Holzarbeiter-Verbandes
Zahlstelle Berlin. 88/13

Als Betriebsleiter für eine
Neuanlage i. der Schrauben-
u. Facontheile-Fabrikation
wird ein tüchtiger
Werkzeugmacher,
der auch im Kalkulieren be-
wandert ist, bei hohem Gehalt
u. für baldigen Eintritt gesucht.
Offerten mit Zeugnisabschriften
unter M. 807 an **Rudolf Mosse**
Stuttgart erbeten.

Tüchtigen Stahlmacher,
perfekt im Stempeldrehen f. Keuschgöns
u. Warkert, Straßener Allee 22.
Tabak-Packeschläger
eigent. auch nur für Abendstunden als
Handarbeiter, verlangt 1533b
Schönholzerstr. 7, Laden.

Karton-Arbeiterinnen
für begogene Kartons werden sofort
verlangt. 1530b
Th. Nathan, Stollschreiber,
Strahe 29.

6-8 Karton-Arbeiterinnen
sucht sofort 1537b
Max Rieth, Koppenstr. 60.

Rohrer,
die veredeln, Rohrgewebe auf Reifen
im Bau anzubringen sucht
E. Borchfeld, Goizlow
bei Steinitz.
Ein
Terrazzo-Arbeiter
tüchtig und selbständig, bei gutem
Lohn und dauernder Stellung von
großerer Cementwarenfabrik in
Preußen sofort gesucht. Off. sub
P. 1136 an **Rudolf Mosse,**
Brosnan.

